

Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg

Corona bestimmt unseren Alltag



Bild: Reiner Jäckle

CDU Baden-Württemberg



Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

- » Armin Laschet MdL – Seite 4
- » Friedrich Merz – Seite 4
- » Dr. Norbert Röttgen MdB – Seite 5

CDU Baden-Württemberg



Der richtige Weg aus der Corona-Krise

- » Sich nah sein, ohne am selben Ort zu sein: Erstes Digitales Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg – Seite 30
- » Thomas Bareiß: „Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise“ – Seite 6
- » Dr. Susanne Eisenmann: „Behutsam zu mehr Normalität“ – Seite 7

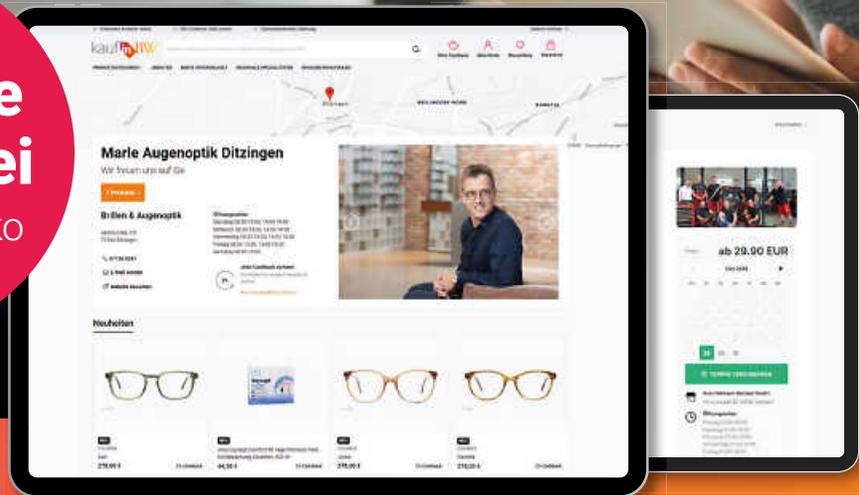
Ein Produkt von



Bringen Sie Ihr Geschäft wieder auf Hochtouren!

Mit kaufinBW, dem Online-Marktplatz für lokale
Unternehmen aus Baden-Württemberg.

**3 Monate
kostenfrei**
und ohne Risiko



kaufinBW

**Online-Marktplatz · Unternehmensprofil · Gutscheinverkauf
Terminbuchungstool · Print- & Onlinewerbung**

Getreu unseres Mottos „Heimat stärken“ haben wir von Nussbaum Medien für Sie ein passendes Paket für die kurzfristige und vielseitige Digitalisierung Ihres Unternehmens entwickelt. Mit kaufinBW können Sie Ihre Angebote weiter online anbieten und

ausliefern und sind über Ihre Ortsgrenzen hinaus 24/7 sichtbar. Sie profitieren zudem von der hohen Reichweite aus digitalen Medien und Lokalzeitungen der Nussbaum Medien. Gemeinsam stärken wir die Heimat.



Jetzt starten

partner.kaufinbw.de ▶



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

die Corona-Pandemie hat unsere Welt bereits seit vielen, vielen Wochen fest im Griff. Wir leben mit einer Situation, die die meisten von uns sich so niemals hätten vorstellen können. Die letzten Wochen waren eine unglaubliche Belastungsprobe. Wochenlang hatten unsere Schulen und Kindertagesstätten praktisch komplett geschlossen, viele von Ihnen waren im Homeoffice, Abstand halten ist das neue Gebot der Stunde, der Mundschutz ist unser neuer stetiger Begleiter und unser Gesundheitssystem hat Außergewöhnliches geleistet. Wir haben zum Beispiel das Osterfest im April nur sehr eingeschränkt feiern können. Mir hat es sehr gefehlt, wie in all den vielen Jahren zuvor die gewohnten Gottesdienste am Karfreitag und Ostersonntag zu besuchen. Die ganze Bevölkerung musste schwere Einschränkungen hinnehmen – und sie tat das in Baden-Württemberg zum allergrößten Teil sehr vernünftig und diszipliniert.

Wir halten zusammen!

Die letzten Wochen haben ganz deutlich gezeigt, dass wir zusammenstehen, dass wir diese noch nie dagewesene Herausforderung gemeinsam angehen. Baden-Württemberg ist ein Land mit einem Bindestrich. Und diese Verbindung, diesen Zusammenhalt leben wir hier – das haben die letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt. Wir haben für unsere Nachbarn, Freunde und auch bis dahin völlig Unbekannte eingekauft oder sie auf andere Weise unterstützt, haben unseren Landwirtinnen und Landwirten bei der Ernte geholfen, haben nicht am selben Ort aber trotzdem gemeinsam musiziert. Diese unzähligen Alltagshelden waren es, die während dieser ganzen Zeit immer Hoffnung und Zuversicht gegeben haben. Nicht zu vergessen, all jene, die hauptberuflich unter den außergewöhnlichen Corona-Bedingungen Großartiges geleistet haben. Und Ihnen allen möchte ich daher an dieser Stelle auch meinen großen Dank aussprechen!

Im Umgang mit Corona gab es keine Blaupause, wir mussten jeden Tag aufs Neue völlig neue, völlig andere Fragestellungen

klären und mit den Herausforderungen umgehen. Ich bin mir aber sicher, dass wir in Baden-Württemberg und ganz Deutschland auf einem guten Weg sind, um in eine neue Normalität zu gehen – keine Normalität ohne Corona, sondern eine Normalität mit Corona. Besonders wenn wir in andere Länder schauen, und sehen, was alles hätte passieren können, bin ich umso dankbarer, wie wir hier mit dieser Lage umgegangen sind.

Umsicht und Besonnenheit an erster Stelle

Corona – auch wenn das Virus scheinbar immer weniger präsent ist – geht nicht einfach so von heute auf morgen weg. Wir werden mit Corona leben müssen, jedenfalls bis ein wirksamer Impfstoff gefunden wurde. Deshalb auch mein Wunsch und mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diesen Erfolg, unseren Umgang mit dieser Lage, zu erhalten. Freilich, nicht jeder muss so besorgt sein wie die Regierung, wie wir Politiker – aber es wäre naiv, wenn wir nicht diese Umsicht und Besonnenheit an erste Stelle rücken würden.

Mitte Juni kam als ein wichtiges Instrument auch die Corona-App auf den Markt. Die Corona-Warn-App hilft uns festzustellen, ob wir in Kontakt mit einer infizierten Person geraten sind und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können wir Infektionsketten schneller unterbrechen. Und ich möchte Sie alle an dieser Stelle dazu aufrufen, sich diese App zu installieren – falls Sie das noch nicht getan haben. Ich selbst habe die Anwendung gleich am ersten Tag auf mein Smartphone geladen.

Unser Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung

Ein enorm wichtiges Frühwarnsystem ist unser Verfassungsschutz. Im Juni habe ich in Stuttgart den neusten Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Unser Leben in Freiheit ist zunehmenden Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Größte Bedrohung ist der Rechtsextremismus. Mit dem Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 hat sich eine Entwicklung konkre-

tisiert, vor der die Verfassungsschutzbehörden und ich selbst seit Jahren warnen.

Freilich bleibt die Bedrohung durch den islamistischen Terror weiter bestehen und der Linksextremismus ist am Erstarren. Deshalb ist so wichtig und deshalb gilt: Der Verfassungsschutz hat einen 360-Grad-Blick, um Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig zu erkennen und abzuwenden.

Wir stehen hinter unserer Polizei

Die gewaltsamen Ausschreitungen, die wir in der Nacht vom 20. auf 21. Juni in Stuttgart erleben mussten, waren von einer in Baden-Württemberg bisher noch nie da gewesenen Brutalität. Und so etwas werden wir in unserem Land definitiv nicht dulden. Plünderungen, Randalen, Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten – das geht gar nicht! Das wird mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgt. Da gilt der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Da gilt null Toleranz!

Mehr als 280 Polizistinnen und Polizisten waren in dieser Nacht im Einsatz für unsere Sicherheit, 20 wurden auf brutale Weise verletzt. Insgesamt sind rund 24.000 Polizistinnen und Polizisten landesweit Tag und Nacht für unseren Schutz im Einsatz. Und wir wissen diesen Einsatz mehr als zu schätzen. Für uns als CDU ist ganz klar: Wir stehen vor und hinter unserer Polizei! Wir wissen, was wir an unserer Polizei haben. Wir unterstützen und respektieren unsere Polizei! Und wir sind dankbar für die Arbeit der Polizei – auch für den gefährlichen und schwierigen Einsatz in den frühen Morgenstunden des 21. Juni.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer! Und bleiben Sie vor allem gesund.

Herzliche Grüße

Ihr



Minister Thomas Strobl
Landesvorsitzender

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

Kandidat für den Bundesvorsitz

Armin Laschet MdL



Die CDU als Motor für mehr Fairness in unserem Land

„CDU überholt die Grünen in der Wählergunst“. So titelten die Stuttgarter Nachrichten in den Tagen der Krise über die politische Lage in Baden-Württemberg. In der Krise kommt es auf die CDU an. Und wir werden unserer Verantwortung gerecht – Tag für Tag geben wir unser Bestes, um unser Land mit Weitsicht aus dieser Krise zu führen.

Die Herausforderungen waren groß und werden riesig: Die alles verändernde Digitalisierung, die beschleunigte Globalisierung, der voranschreitende Klimawandel – und nun auch noch die Corona-Pandemie. Unser Antrieb bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ist das Ziel, dass es den Generationen nach uns einmal besser geht. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir Wohlstand, Nachhaltigkeit, Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden miteinander verbinden – und nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Kompass ist und bleibt das christliche Menschenbild: Es kommt auf den Einzelnen an, der sich erst in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Die Kernbausteine unserer Programmatik – das Christlich-soziale, das Liberale und das Konservative – haben uns schon durch manchen Sturm sicher geführt.

In der Zeit stehen, aber nicht mit jeder Mode gehen – das hat uns stark gemacht und damit haben wir Deutschland stark gemacht, im Bund wie in den Ländern. Unsere solide Haushalts- und Finanzpolitik war nicht immer beliebt, aber erst diese macht uns auch in diesen Tagen der großen Not als Staat so handlungsfähig. Mit einer konsequenten Nulltoleranz-Politik gegen Kriminalität, ob gelegen oder ungelegen, schaffen wir Vertrauen in einen

starken Staat. Um unsere Unternehmen als tragende Säule unseres Wohlstands vorübergehend zu stützen, verstehen wir sie als Partner und nicht als Gegner.

Regieren heißt Entscheiden. Die CDU stellt das jeden Tag unter Beweis: Wir springen nicht auf den Zug der moralisierenden Anklagen etwa gegen die Auto-Industrie auf, sondern machen uns gemeinsam auf den Weg in eine technologieoffene, emissionsneutrale Mobilität. Wir fordern nicht nur Beauftragte oder erfinden neue Gesetze, sondern setzen mit beherzter Entbürokratisierung und Entfesselung neue Kraft und Kreativität für moderne Lösungen frei.

Die Politik der CDU braucht für ihre breite Verankerung die konsequente Einbindung der unterschiedlichen politischen Vereinigungen in unserer Partei. Daran müssen wir arbeiten. Die CDU unternimmt jeden Tag den Versuch, unterschiedliche Interessen und Perspektiven zu verbinden und zu versöhnen.

Nur so kann gelingen, was unser Land jetzt am dringendsten braucht: eine neue Fairness zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Arm und Reich, West und Ost. Damit unser Land zusammenhält, in der Krise und darüber hinaus.

Armin Laschet MdL

- » Geb. 18.02.61 in Aachen, verheiratet, drei Kinder
- » Jurist, Journalist, ehem. MdB und MdEP
- » 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- » Seit 2010 MdL, 2013 bis 2017 Fraktionsvorsitzender
- » Seit 2012 CDU-Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender
- » Seit 2017 Ministerpräsident

Kandidat für den Bundesvorsitz

Friedrich Merz



Mit unserem Parteitag in Stuttgart stellen wir die Weichen neu – inhaltlich und programmatisch, aber auch personell. Der 04. Dezember 2020 wird ein wichtiger Tag für die größte deutsche und europäische Volkspartei.

Wir haben tiefe Wurzeln und eine lange Geschichte. Beides hilft uns, auch in stürmischen Zeiten standfest zu sein und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Als christliche Demokraten wissen wir, dass wir eine Verantwortung haben, die über uns selbst hinausreicht. Wir waren die einzige wirkliche Neugründung einer politischen Partei nach dem zweiten Weltkrieg, und wir haben unser Land geprägt wie keine zweite Partei in Deutschland.

Wenn wir diese Prägekraft auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bewahren wollen, dann müssen wir die Veränderungen unserer Welt aufmerksam wahrnehmen und zugleich den Anspruch an uns stellen, selbst aktiver Teil und Motor dieser Veränderungen zu sein. Ich sehe vor allem drei große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen:

Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaften schwindet, und wir haben noch keine abschließende Antwort darauf, wie denn die Welt von morgen so gestaltet werden kann, dass Freiheit, Toleranz und Respekt, Solidarität und Gerechtigkeit auch in Zukunft die bestimmenden Werte unserer Gesellschaft bleiben. Insbesondere die Chancen für die junge Generation muss die CDU immer im Blick haben, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen.

Der technologische Wandel beschleunigt die Veränderungen unserer Arbeitswelt in einem Ausmaß, das wir erst langsam beginnen zu verstehen. Deutschland muss unter unserer Führung auch in Zukunft ein Land der Erfinder, der Innovationen, der neuen Ideen und

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz



der neuen Technologien sein. Der Klimawandel ist auch das Ergebnis unserer bisherigen Arbeits- und Lebensweise, und daher können wir den Gefahren des Klimawandels nur mit modernster und ressourcenschonender Technologie begegnen.

Zugleich sind wir Zeitzeugen einer geradezu tektonischen Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Die Europäische Union steht vermutlich vor ihrer größten Bewährungsprobe seit der Gründung. Die CDU muss die Europapartei in Deutschland bleiben und mit dafür Sorge tragen, dass Europa „weltpolitikfähig“ wird, das heißt Schritt halten kann mit den Entwicklungen, die ohne eine starke und geschlossene Haltung der Europäer schon mittelfristig unseren Wohlstand ebenso gefährden können wie unsere Freiheit und unsere Demokratie. Das Vertrauen, dass die CDU diese Aufgaben annimmt und lösen kann, müssen wir uns immer wieder von Neuem erarbeiten. Dafür stellen wir in Stuttgart im Dezember 2020 die Weichen.

Friedrich Merz

- » Geboren am 11.11.1955 in Brilon / Westfalen, verheiratet, drei Kinder
- » Rechtsanwalt, ehem. MdEP und MdB
- » 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.
- » 2005 bis 2014 Partner der Internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP, Chicago/Düsseldorf; seit 2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- » Seit 2019 Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Kandidat für den Bundesvorsitz

Dr. Norbert Röttgen MdB



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Die CDU hat sich in der Corona-Pandemie des Jahres 2020 bewährt. Dadurch ist Vertrauen wieder entstanden, das uns die Chance gibt, Deutschland auf allen Ebenen im Sinne christlich-demokratischer Werte zu prägen. Wir müssen nun dafür arbeiten, dieses Vertrauen zu erhalten, und wir müssen für unsere Ziele kämpfen. Das gilt allem voran für unser Selbstverständnis und für unser strategisches Ziel, die – inzwischen einzige – Volkspartei in Deutschland zu bleiben. Dies erfordert eine kompromisslose Abgrenzung nach links und rechts. Allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Grenze mit uns akzeptieren, machen wir ein politisches Angebot aus unseren christlich-demokratischen Werten heraus für die modernen Fragen unserer Zeit. Zu diesen Fragen gehören u.a. Migration und Klimawandel, die digitale Qualifikation unserer Arbeitnehmerschaft und die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Als CDU müssen wir den Anspruch haben, in allen Gruppen der Gesellschaft, vor allem in allen Altersgruppen, Mehrheiten zu erringen. Um von den jungen Menschen wahrgenommen zu werden, müssen wir Teil ihrer digitalen Kommunikation werden und das beste Angebot in den Kompetenzfeldern haben, die die Zukunft entscheiden: Innovationen, Ökologie, internationale Verantwortung.

Die Stärkung der Innovationskraft nicht zuletzt in unseren herausragenden mittelständischen Unternehmen ist die Basis für alles: unseren Wohlstand, unseren Sozialstaat und unsere internationale Stellung. Ökologie, Umwelt – und Klimapolitik sind kein Luxus in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern sie verkörpern die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens. Die Verbindung von ökonomischer und ökologischer Kompetenz muss unser Markenzeichen sein.

Die internationale Verantwortung Deutschlands wächst immer mehr. Das ist die Folge unserer Stabilität, des enormen internationalen Vertrauens in uns sowie des neuen Kampfes um internationale Macht. Jeder Nachfolger von Donald Trump hat es mit riesigen Herausforderungen im eigenen Land zu tun. Russland wird weiterhin keine Regeln für seinen Machtanspruch respektieren. China wird die Unterdrückung nach innen und die Machtambitionen nach außen weiter steigern. In dieser Umbruchphase steht Deutschland mit Frankreich im Zentrum der Aufgabe, die Selbstbehauptung Europas zu gewährleisten.

Die Diskussion über alle diese Fragen muss wieder in der CDU stattfinden. Eine lebendig diskutierende Partei ist eine Grundvoraussetzung dafür, in herausfordernden Zeiten die richtigen Antworten finden zu können. Genau dafür werden wir gebraucht, in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

Ihr Norbert Röttgen

Dr. Norbert Röttgen MdB

- » Geboren am 2. Juli 1965 (Meckenheim); verheiratet; zwei Söhne, eine Tochter
- » Rechtsanwalt, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestags
- » 2005 bis 2009 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- » Seit Januar 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Thomas Bareiß MdB

Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise

Liest man in diesen Tagen die Wirtschaftszeitungen, so fällt einem der Mut zum Optimismus nicht sonderlich leicht. Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft und besonders unseren Mittelstand sind gravierend. Wir befinden uns in der größten Rezession, an die sich unsere Generation erinnern kann. Ich war als Mittelstandsbeauftragter in den letzten Wochen und Monaten rund um die Uhr im Einsatz, habe mit Unternehmen, Soloselbstständigen, Verbänden, den baden-württembergischen Kollegen im Landtag, im Bundestag und den Bundesministerien gesprochen und ich weiß, wie prekär die Lage für viele ist.

Aus meinen eigenen beruflichen Erfahrungen, meiner langjährigen Tätigkeit als Wirtschaftspolitiker und durch meine jetzige Funktion, weiß ich um die überragende Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland: Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen zählen zum Mittelstand. Er reicht von Soloselbstständigen über Handwerksbetriebe, freie Berufe und Start-ups bis zu traditionsreichen Familienunternehmen. Der Mittelstand ist es, der über 80 Prozent der Ausbildungsplätze und knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stellt. Gerade in Baden-Württemberg ist der Mittelstand das wirtschaftliche Rückgrat. Bei uns arbeiten über 6,3 Millionen Menschen in der baden-württembergischen Wirtschaft, 4,3 Millionen im Dienstleistungssektor und 2 Millionen im produzierenden Gewerbe.

Bei diesen Zahlen wird klar: es steht viel auf dem Spiel. Die einzige Chance – die Krise umzukehren und gestärkt aus ihr hervor zu gehen – bedeutet gemeinsam anpacken, harte Arbeit, sinnvolle Innovation und entscheidende Investitionen in die Zukunft. Trotz vieler pessimistischer Stimmen muss man auch einmal klar sagen, dass wir in dieser Krise durchaus Handlungsfähigkeit bewiesen haben: Mit dem Konjunkturprogramm von 130 Milliarden Euro ist der großen Koalition ein wirklich großer Wurf gelungen. Es ist ein absolutes Kraftpaket und damit ein weiterer Rekord nach dem ersten Rettungsschirm mit über 150 Milliarden Euro. Es ist das umfassendste

Konjunkturprogramm seit dem zweiten Weltkrieg und soll Hebel und Impuls zugleich sein.

Das Konjunkturprogramm liefert wichtige Signale für die Wirtschaft in unserem Land und wird dem Mittelstand helfen und ihn stärken, insbesondere durch die steuerlichen Maßnahmen sowie die Absenkung der Energiekosten. Zum einen stellen wir mit der Überbrückungshilfe von 25 Milliarden Euro für den Mittelstand noch einmal weitere Hilfen für besonders betroffene Branchen bereit wie z.B. für das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Reisebüros. Hier zahlen wir mit substanziellen Zuschüssen zu den fixen Betriebskosten dazu. Dies und andere Maßnahmen verschaffen den Unternehmen unmittelbar mehr Spielraum.

„Das Konjunkturprogramm soll ein Aufbruchpaket für unsere Zukunft sein.“

Zum anderen stellen wir die Weichen dafür, dass Mittelstand und Industrie vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen mit Volldampf aus der Krise kommen können. Beispielsweise können Investitionen schneller abgeschrieben werden. Darüber hinaus werden Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent begrenzt. Die steuerliche Forschungszulage wird noch großzügiger ausgestaltet. Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte – weshalb wir kleine und mittlere Unternehmen finanziell mit einer Prämie unterstützen, die auch in der Pandemie weiter ausbilden. Wir erhöhen die Bemessungsgrundlage für Forschung und Entwicklung in der KfZ-Zuliefererindustrie. Nicht zuletzt entlasten wir die Verbraucher und kurbeln die Nachfrage an, etwa durch die Senkung der Mehrwertsteuer. Dieser nur kleine Ausschnitt des Paketes zeigt: Wir haben die Möglichkeiten mit den wirtschaftlichen

Herausforderungen und den Schwierigkeiten der Corona-Pandemie umzugehen und haben den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung gelegt.

Aber das Konjunkturprogramm soll nicht nur stärken und gestalten, es soll auch ein Aufbruchpaket für unsere Zukunft sein. Aus diesem Grund wurden nicht nur klassische Konjunkturmaßnahmen in das Aufbruchpaket mit aufgenommen, sondern vielmehr Fördermaßnahmen, die einen Modernisierungsschub auslösen sollen. Investiert werden soll in Innovationen, etwa in die Digitalisierung, die Quantentechnologie oder die Nutzung von Wasserstoff. Hierbei sehe ich in der technologischen Führungsrolle für Baden-Württemberg enormes Potential.

Wir werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch eine ganze Weile spüren, aber wir haben mit dem Konjunktur- und Zukunftsprogramm das Hochfahren unserer Wirtschaft mit einem Paukenschlag eingeleitet.



Thomas Bareiß MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Als Tourismusbeauftragter der Bundesregierung sowie Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand kennt er die unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf unser Land. Bareiß ist Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

Die Spitzenkandidatin

Dr. Susanne Eisenmann

Behutsam zu mehr Normalität

Erfolgreich haben wir die Verbreitung des neuartigen Corona-Virus stark verlangsamt. Dank unseres entschlossenen Handelns als Union auf Bundes- wie auf Landesebene und unserer aller Disziplin haben wir eine Überlastung unserer Krankenhäuser mit ähnlich schlimmen Bildern wie in Italien oder Spanien verhindert. Inzwischen bewegt sich die Zahl der Neuinfektionen stabil auf einem niedrigen Niveau. Das ist erfreulich und ermöglicht uns als Landesregierung schrittweise weitere Lockerungen. Allerdings dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen und leichtsinnig werden: das Virus ist nicht verschwunden. Wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Situation, die allen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg viel abverlangt.

Dass wir im März das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt und auch die Schulen und Kindertagesstätten geschlossen haben, waren für mich zentrale Faktoren, um die Pandemie einzudämmen. So sehr diese drastischen Schritte auch wirkten, so schwer waren sie uns aus wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Sicht gefallen.

Für mich ist sehr frühzeitig klar gewesen: Wir müssen alles daran setzen, unseren kleinen und mittleren Betrieben zu helfen und unsere mittelständisch geprägten Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, um sie in die Zukunft überführen und Arbeitsplätze sichern zu können. Es ist sinnvoller und nachhaltiger, eine Welle der Insolvenzen zu verhindern, als nach der Krise neue Strukturen aufzubauen. Deshalb bin ich froh, dass wir als CDU – auf meine Initiative hin – einen Rettungsschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro gegen den zögerlichen grünen Koalitionspartner durchgesetzt und aufgespannt haben. Ein Paket des Landes Baden-Württemberg für Baden-Württemberg.

Richtig gut finde ich auch das 130 Milliarden Euro schwere Paket, das der Bund geschnürt hat. Es setzt starke Anreize gegen die Rezession, beinhaltet Impulse für den digitalen und ökologischen Fortschritt, hilft vor Ort durch den Ausgleich der Gewerbesteuer-Ausfälle für Kommunen und entlastet Unternehmen

und Verbraucher, zum Beispiel bei den Stromkosten. Wir müssen nun schauen, wo und wie wir als Land dieses Paket noch klug und passgenau ergänzen können. Denn klar ist: Je mehr Unternehmen die Krise überleben und je mehr Arbeitsplätze erhalten bleiben, desto schneller kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Situation hat uns in den vergangenen Monaten beschäftigt. Als Kultusministerin habe ich die Verantwortung für rund 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler und mehr als 400 000 Kinder im Kindergartenalter. Dass die Kitas und Schulen über viele Wochen geschlossen bleiben mussten und zunächst nur eine Notbetreuung möglich war, war insbesondere für Familien mit kleineren Kindern enorm belastend. Für die Kinder sind Kontakte mit Gleichaltrigen, gerade auch für die seelische Gesundheit, sehr wichtig. Auch der Unterricht vor Ort, der Kontakt mit Lehrern und die Schule als Begegnungsstätte sind nicht so einfach zu ersetzen. Dieser Aspekte bin ich mir bewusst. Doch wir haben es nun mal mit einem Virus zu tun, das sich rasant verbreitet, in manchen Fällen tödlich verläuft und über das nur wenig bekannt gewesen ist. Und der Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Jugendlichen, aber auch unserer pädagogischen Fachkräfte geht vor.

Ich habe auch großes Verständnis für die Eltern, die die Belastungsgrenze durch Job und Kinderbetreuung überschritten hatten und – mitunter auch aggressiv – eine umgehende Öffnung der Einrichtungen forderten. Lieber gestern als heute. Ganz so, als gäbe es das Virus nicht (mehr). Aber es gibt eben auch andere Eltern, die Angst um ihre Kinder haben, denen die schrittweise Öffnung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schnell geht.

Dies ist das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Die Abwägungsprozesse sind schwierig. Für die Corona-Pandemie gibt es nun mal keine Blaupause. Verantwortliche Politik ist, alle Argumente anzuhören, abzuwägen und dann besonnen, klug und behutsam zu entscheiden.

Umso mehr freue ich mich, dass wir seit Ende Juni bei den Kindertagesstätten, den Kindertageseltern und Grundschulen zu einem Regelbetrieb – ohne Abstandsregelungen, aber mit festen Gruppen und einem Hygienekonzept – zurückkehren konnten. Die Grundlage für die Entscheidung, die Einrichtungen vollständig zu öffnen, bildet die Heidelberger Kinderstudie, die andere Studien aus dem In- und Ausland bestätigt hat. Sie besagt, dass Kinder bis zehn Jahren seltener mit dem Virus infiziert sind als ihre Eltern und keine besonderen Treiber des Infektionsgeschehens darstellen.

In den weiterführenden Schulen wechseln sich seit den Pfingstferien für alle Klassenstufen das Fernlernen und der Präsenzunterricht in der Schule ab. Dieses rollierende System muss leider sein, weil auf Basis der Einschätzung von Gesundheitsexperten weitere Abstands- und Infektionsschutzregeln gelten. Das Ziel von mir ist aber, nach den Sommerferien auch in den weiterführenden Schulen mehr Präsenzunterricht zu ermöglichen und möglicherweise sogar zu einem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu kommen.

Solange es keinen Impfstoff gibt, müssen wir uns – in der Schule wie in allen anderen Lebensbereichen – behutsam zu mehr Normalität vorantasten. Wir müssen weitere Strategien entwickeln, wie wir neue weitreichende Infektionswellen verhindern, unsere älteren Menschen und Risikogruppen schützen und andererseits unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen nicht zerstören. Lassen Sie uns diesen Weg weiter gemeinsam gehen!

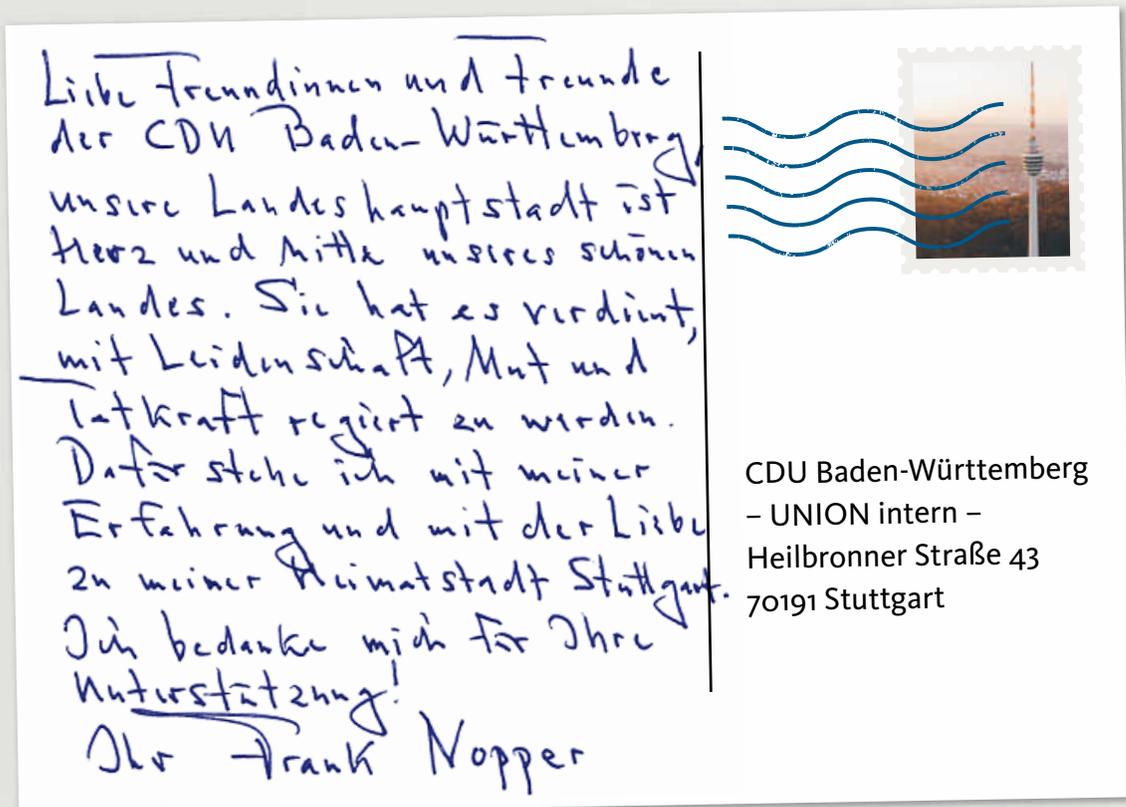


Dr. Susanne Eisenmann
ist seit 2016 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport und unsere Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2021.

Persönliches / Aus dem Landesverband

Postkarte von...

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper



Dr. Frank Nopper ist seit 2002 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Backnang. Er wurde 2010 mit 86,8 % und 2018 mit 87,1 % im Amt bestätigt. Das in Stuttgart geborene und aufgewachsene CDU-Mitglied kandidiert im November 2020 bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Das **Spendenkonto** des CDU-Kreisverbandes Stuttgart bei der Baden-Württembergischen Bank für die OB-Wahl 2020 lautet:
DE 41 6005 0101 0405 3305 02 (Spendenbescheinigung möglich).

Gespräch der CDU Baden-Württemberg mit Vertretern von DGB und IG Metall

Arbeitsplätze sichern und zukunftsfest machen

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft haben sich der Landesvorsitzende, Minister Thomas Strobl, und der Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, mit dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, Martin Kunzmann, dem Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, und der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart, Nadine Boguslawski, zu einem Gespräch getroffen. Teil des Gesprächs, das im Willi-Bleicher-Haus stattfand, war zudem eine Solidaritätsbekundung der beiden Politiker angesichts des extremistischen Anschlages auf das DGB-Gebäude wenige Tage zuvor.

„Mit der Corona-Krise stehen wir im Hinblick auf die Arbeitswelt vor großen Herausforderungen. Bei der Beantwortung dieser Fragen zur Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben die Gewerkschaften eine

wichtige Funktion. Sie setzen sich im Sinne des christlichen Menschenbildes für faire und gerechte Arbeitsbedingungen für möglichst viele Beschäftigte in unseren Unternehmen ein“, so die beiden Politiker übereinstimmend.

Im Fokus des Gesprächs standen daher die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft und deren Beschäftigte. Ein Schwerpunkt war die für Baden-Württemberg so wichtige Automobil- und Zulieferindustrie. „Das vom Koalitionsausschuss des Bundes beschlossene Kraftpaket ist ein großer Wurf von historischem Ausmaß. Damit haben wir einen guten Weg eingeschlagen, den wir nun konsequent und klug mit Blick auf unsere konkreten Bedürfnisse in unseren Schlüsselindustrien wei-



tergehen und ergänzen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir in den Unternehmen alles für den Erhalt der Arbeitsplätze tun“, sagte Thomas Strobl.

Manuel Hagel MdL betonte: „Eine Krise löst man mit Handlungsfähigkeit und Optimismus. Daher haben wir bereits die Beratungen auf Landesebene aufgenommen, um das Kraftpaket des Bundes in Baden-Württemberg bestmöglich zu ergänzen.“

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,*

„alle für alle“

So stand es in großen Lettern auf dem Wahrzeichen unserer Region dem Zeppelin geschrieben. Und diese drei Worte drücken aus, um was es zentral in der Hochphase von Corona für uns alle ging und auch noch heute geht. „alle für alle“ das bedeutet schlichtweg eines: Solidarität.

„alle für alle“ heißt, in der eigenen Freiheit zurückstecken, große Einschränkungen hinzunehmen und Unannehmlichkeiten - wie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes - zu akzeptieren, und zwar nicht in erster Linie zum Selbstschutz, sondern zum Schutz der anderen. Insbesondere zum Schutz der Älteren und Vorerkrankten in unserer Gesellschaft, die am meisten gefährdet sind, auch wenn diese perfide und hochansteckende Krankheit auch vor jungen und vitalen Menschen nicht Halt macht.

Und unsere Gesellschaft hat bewiesen, dass sie solidarisch sein kann. Die Politik handelte in dieser ungekannten Situation rasch und zupackend, die Bevölkerung zog – weitestgehend – vorbildlich mit. Auch wenn es ein Teil zu Beginn nicht ernst nehmen wollte, was für eine unglaublich gefährliche Viruskrankheit aus China, über Italien und schließlich die uns so nahen Skigebiete in Österreich zu uns ins Land gelangte. „Corona-Parties“ wie zu Beginn der Pandemie blieben zum Glück die Ausnahme. Und so konnten Bilder wie in Italien, Spanien oder den USA, wo hohe Todeszahlen zu beklagen waren, in Deutschland größtenteils vermieden werden.

Umso unverständlicher ist es, dass gerade in der Phase, in welcher sich der Erfolg der stringenten Maßnahmen so deutlich zeigt, die Fallzahlen rapide fallen und weitgehende Lockerungen der Maßnahmen beschlossen werden, ein Teil der Bevölkerung die ganz persönliche Freiheit, alles tun und lassen zu können, wonach einem gerade der Sinn steht, über die Solidarität und damit über das Leben anderer stellt. Ich spreche von den Demonstrationen des selbsternannten „Demokratischen Widerstandes“, auf denen eine explosive Mischung aus Reichsbürgern, Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern und Systemfeinden von links und rechts zusammentrifft, um das neuartige Corona-Virus zu verharmlosen oder ihm gar die Existenz abzuspochen. Mindestens aber wollen diese Menschen die Corona-Verordnungen nicht akzeptieren, da ihre Grundrechte höher zu werten seien. Hier finden wir das Gegenteil von Solidarität: Egoismus.

Die CDU Bodenseekreis hat die verschiedenen Phasen der Pandemie begleitet. Mit Appellen des Mitmachens und Zu Hause Bleibens zu Beginn – auch der Kreisparteitag und die Nominierung zur Landtagswahl wurden abgesagt. Später unsere Forderung nach Soforthilfen und nach der Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie. Weiter unsere Aktion „kauf lokal“, um die Geschäfte vor Ort zu unterstützen. In der Zeit der sinkenden Infektionszahlen dann unsere Anregungen zu Lockerungen im Bereich Gastronomie, Sport, Tourismusbetriebe und Badebetriebe, welche beim Tourismusminister Guido Wolf auf Gehör stießen – auch Dank an unsere beiden Betreuungsabgeordneten Klaus Burger und August Schuler. Hoffen wir nun also, dass uns eine „zweite Welle“ erspart bleibt. Dann steht uns jedoch die nächste Jahrherausforderung bevor: Eine Wirtschaftskrise, wie sie die meisten von uns noch nicht erlebt haben. Unser MdB Lothar Riebsamen und ich reagierten bereits mit der Forderung nach Unterstützung und Kaufanreizen, die dem produzierenden Gewerbe in der Bodenseeregion helfen sollen. Die Wirtschaftskompetenz der Union wird so wichtig sein wie seit dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Wir müssen uns auf Wohlstandseinbruch, stark steigende Arbeitslosigkeit und leere private und kommunale Kassen einstellen. Entbehrungsreiche Zeiten stehen uns bevor.

Die Tagespolitik

Das politische Tagesgeschäft darf von „Corona“ nicht überdeckt werden. Die Varianten des B31-Ausbaus sorgen weiterhin für Diskussionen. Das obwohl sich das Bundesverkehrsministerium eindeutig positioniert hat. Die CDU Bodenseekreis steht ebenfalls weiterhin zu einem vierstreifigen Ausbau und zwar möglichst flächenschonend – die Forderung des Meersburger Initiativkreis B31, die sensible Landschaft nicht zu sehr in Mitleidenschaft zu ziehen, ist mehr als nachvollziehbar. An erster Stelle muss aber immer die Sicherheit stehen.

Weiterhin fragwürdig ist die Prioritätensetzung der Grünen in diesen Zeiten. Robert Habeck regte doch allen Ernstes an, die Gastronomen, Hoteliers und Geschäftsbetreiber hätten die Zeit der Schließung für die Erneuerung der Heizungsanlagen auf neueste



ökologische Standards nutzen sollen. An Bürgerferne und Abgehobenheit ist eine solche Aussage kaum zu überbieten. Ebenfalls auf Initiative der Grünen kam es zu einem Entschließungsbeschluss im Bundesrat, nach welchem das Motorradfahren an Sonn- und Feiertagen verboten werden könnte. Die Verbotskultur in dieser Partei scheint schier grenzenlos. Die CDU wird sich dem entgegenstellen.

Schaulaufen der Kandidaten

Im Jahr 2020 stehen Landtagswahlen und Bundestagswahlen an. Es gilt nun unsere Kandidatinnen/Kandidaten zu nominieren. Wir hoffen, im September für den Landtag und im Oktober für den Bundestag nominieren zu können. Wir sind gespannt auf das Kandidatenfeld, welches sich langsam herauskristallisiert. Auch die Wahl eines/einer neuen Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands steht voraussichtlich noch in diesem Jahr an. Lassen Sie uns die Weichen stellen für die Zukunft der CDU – im Bund und vor Ort. Für die Wahlkreise am Bodensee nominiert zu werden und auch zum Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt zu werden wird auch eine Bürde sein in den kommenden schweren Zeiten.

In diesem Sinne: Seien wir tatkräftig!

Herzlichst Ihr
Volker Mayer-Lay

EINLADUNG

Wahlkreismitgliederversammlung

zur Aufstellung der/des Landtagskandidaten/in im Wahlkreis 69 Ravensburg / Tettngang
am Donnerstag, 23. Juli 2020 um 19.00 Uhr in der „Argentallhalle“ in Tettngang-Laimnau und zur

Wahlkreismitgliederversammlung

zur Aufstellung der/des Landtagskandidaten/in im Wahlkreis 67 Bodenseekreis
am Freitag, 18. September 2020 um 19.00 Uhr in der „Ludwig Roos Halle“ in Friedrichshafen-Ettenkirch
mit vorgeschalteten Delegiertenwahlen für den Bundes-Landes-und Bezirksparteitag.

Wichtig: Die Termine stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der weiteren Entwicklungen in der Corona-Krise.



Nominierung 2016 in Ettenkirch

Foto: Bernhard Wrobel



Wir bieten Kapazitäten an:

- Frosten (auch IQF)
- Slicen und Frosten
- TK-Lagerung

Bergpracht-Milchwerk
Eisenbacherstraße 4
88069 Tettngang-Siggenweiler

info@bergpracht.de
07542-93340

*Sind die Brezeln
nicht von Reck –
ist die gute Laune weg!*



Reck-Beck

Brot- und Feinbäckerei
Josef Reck · Storchenstr. 13
88069 Tettngang · Tel. 74 21

Mitgliederentwicklung der CDU Bodenseekreis |

von März 2019 - März 2020

Ortsverband	Eintritte	Austritte / verst.	Mitgliederstand aktuell
Bermatingen	-	2	39
Deggenhausertal	-	2	33
Eriskirch	-	3	31
Frickingen	-	2	14
Friedrichshafen	2	12	162
Ailingen	1	1	61
Kluftern	-	1	26
Heiligenberg	-	3	38
Immenstaad	1	1	42
Kressbronn	3	4	42
Langenargen	2	3	51
Markdorf	3	5	64
Meckenbeuren	2	3	57
Meersburg	1	6	62
Neukirch	-	-	23
Oberteuringen	1	6	47
Owingen	-	7	27
Salem	3	3	44
Siplingen	2	1	24
Tettngang	5	7	109
Langnau/Laimnau	8	1	81
Tannau	-	2	48
Überlingen	3	7	129
Uhdlingen	2	-	33
Gesamt	39	83	1289

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder in der CDU - Bodenseekreis liegt bei 61,9 Jahren. Der Frauenanteil der Mitglieder ist bei 20,8 Prozent (269 weibliche Mitglieder)



Catering & Partyservice

Von kleinen Privatveranstaltungen bis zu Großevents – wir setzen ihre Wünsche um und stellen Ihnen ihr individuelles Gesamtpaket zusammen.



Zehrer Gastronomie GmbH
im Graf-Zeppelin-Haus
Olgastraße 20
88045 Friedrichshafen

☎ 07541 / 603 393 10
✉ info@zehrer-gastronomie.de
www.zehrer-gastronomie.de

Informationsgespräch mit dem Meersburger Initiativkreis B31 neu

Auf Einladung des Meersburger Initiativkreises B 31 neu (MIK) ließen sich der CDU Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay sowie seine beiden Stellvertreter Martina Mohr und Ignaz Wetzler über dessen aktuelle Bewertung des Planungsstandes B 31 neu zwischen Meersburg und Immenstaad ins Bild setzen. Rudolf Landwehr und Dr. Hans-Heinrich Gerth hatten aussagekräftige Planunterlagen vorbereitet und informierten mit großem Sachverstand und Expertise. Aus Sicht des MIK sei ein Ausbau der B 31 lediglich mit drei Streifen wünschenswert. Alternativ zumindest ein vierstreifiger Ausbau mit deutlich

geringerem Straßenquerschnitt als derzeit geplant. Rudolf Landwehr verwies hierbei auf

vergleichbare andere vierstreifige Bundesstraßen, die nicht wie vorliegend geplant 28 m Querschnitt haben sondern einen deutlich geringeren. Das anwesende Vorstandsteam der CDU Bodenseekreis nahm insbesondere im Hinblick auf die derzeit geplante Durchquerung der B 31 neu von sensiblen Flächen – darunter Waldgebieten – die Anregungen ernsthaft auf, wobei eine Dreistreifigkeit als Forderung der CDU Bodenseekreis nicht in Betracht kam. Trotz an manchen Punkten abweichender Meinungslage entstand ein freundschaftliches Informationsgespräch für das sich der CDU Kreisvorstand bedankt.



Auf dem Bild zu sehen von links: CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay, Stellv. CDU Kreisvorsitzender Ignaz Wetzler, Stellv. Sprecher des MIK Dr. Hans-Heinrich Gerth, Stellv. CDU Kreisvorsitzende Martina Mohr, Vorsitzender des MIK Rudolf Landwehr.

Aus dem Kreisverband

Vierspuriger Ausbau der B 31

Vierspuriger Ausbau der B 31-neu bietet höhere Leistungsfähigkeit und Sicherheit

Der CDU-Kreisverband Bodensee, sowie der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Lothar Riebsamen, begrüßen die bekannt gegebene Entscheidung zum vierspurigen Ausbau der B31-neu. Auf Basis des Verkehrsgutachtens des Regierungspräsidiums Tübingen entschied das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), die künftige B31-neu zwischen Immenstaad und Meersburg vierspurig auszubauen. Der CDU Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay und MdB Riebsamen halten es für sinnvoll, dass sich das Ministerium bereits jetzt klar positioniert habe, womit die Diskussion um die Frage, ob drei- oder vierstreifig gebaut werde, endlich beendet ist.

Das Regierungspräsidium kam nach umfassender Prüfung verkehrlicher und ökologischer Gesichtspunkte zu dem Ergebnis, dass eine vierspurige Variante zu bevorzugen ist. Durch das Befolgen dieser fachlichen Bewertung des Regierungspräsidiums hält der Bund an seiner Entscheidung aus der entsprechenden Einstufung im Bundesverkehrswegeplan fest. „Damit tragen unserer jahrelangen Bemühungen im Bodenseekreis Früchte,“ so der CDU Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay. An erster Stelle stehe die Verkehrssicherheit, auch sei diese Variante allein geeignet, das Verkehrsaufkommen am Bodensee – insbe-

sondere in den touristischen Sommermonaten – zu bewältigen.

Der Bundestagsabgeordnete Lothar Riebsamen freut sich ebenfalls über die Nachricht: „Der vierspurige Ausbau der B31-neu ist verkehrlich gesehen die beste Lösung. Denn die Vierspurigkeit bietet nicht nur die notwendige Leistungsfähigkeit für die Verkehrsbelastung solch einer überregionalen Verbindungsstraße und eine bessere Entlastung der Ortsdurchfahrten, sondern auch die größte Verkehrssicherheit für Autofahrer. Das gilt nicht zuletzt für den Unterhalt der Straße. So macht die größere Breite beispielsweise im Winter ein besseres Räumen möglich. Die Vierspurigkeit ist außerdem die logische Fortsetzung der bereits vierspurigen Umfahrungen bei Überlingen, sowie Friedrichshafen, die nächstes Jahr freigegeben wird.“

Der Bundestagsabgeordnete und der CDU Kreisvorsitzende halten es aber auch für wichtig zu betonen, dass ein vierspuriger Ausbau nicht zwingend bedeuten muss, dass die neue Straße eine Querschnittsbreite von 28 Metern haben wird: „Es muss das Ziel des anstehenden Planfeststellungsverfahrens sein, eine möglichst

platzsparende Variante zu entwickeln, die Rücksicht auf ökologische Belange und unsere Landwirtschaft nimmt,“ so Riebsamen. Volker Mayer-Lay ergänzt: „Die Planungsbehörden wie das Regierungspräsidium wählen den Straßenquerschnitt allerdings nicht aus politischen Gründen, sondern nach fachlicher Prüfung gerade im Hinblick auf Verkehrszahlen und Verkehrssicherheit. Ansonsten wäre das Planfeststellungsverfahren angreifbar.“ Es soll flächenschonend gebaut werden, wenn ein reduzierter Straßenquerschnitt mit vier Spuren rechtlich und aus Sicherheitsaspekten möglich sei. Es sei essenziell wichtig, eine für alle Seiten möglichst optimale Lösung zu finden. Ein Konsens der Betroffenen in der Bürgerschaft sei absolut notwendig, damit Klagen vermieden und ein zeitnahe Bau möglich gemacht werde.




TIGER-TRANS
Getränkefachspedition
Wittenberg 14 · 88099 Neukirch
Tel. 07528 / 2979 · Fax: 07528 / 2635



KREIZ
Elektrotechnik GmbH

- Beratung
- Elektrotechnik
- Verkauf
- Zuverlässiger Kundendienst

Zum Salm 12 Tel. 0 75 51/63423
88662 Überlingen Fax 0 75 51/61348
www.Kretz-Elektro.de E-mail: Kretz-Elektro@t-online.de



E. Sulger ...einfach besser!
EDEKA
Markdorf · Meßkirch · Stockach

**Aus der Region.
Für die Region!**

Kein Fahrverbot für Motorräder!

Laut einem Entschließungsbeschluss des Bundesrates sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Motorradlärm einzudämmen. Ein Punkt des möglichen Maßnahmenpaketes ist ein Motorradfahrverbot an Sonn- und Feiertagen.

Die CDU Bodenseekreis und der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Bodensee Lothar Riebsamen sehen Lärmreduktion als verfolgenswertes Ziel an. Über einige Maßnahmen auch des Bundesratsbeschlusses könne diskutiert werden, hinsichtlich der angedachten Fahrverbote steht die CDU am See aber an der Seite der Motorradfahrer und will gegen dieses Vorhaben opponieren.

CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay traf den passionierten Motorradfahrer Michael Zorn aus UHldingen-Mühlhofen, um die Sicht der Motorradfahrer zu erfahren. Michael Zorn schilderte, dass Freizeitmotorradfahrer ihre Maschinen oftmals nur an Feiertagen und Sonntagen nutzen können. "Wenn ich unter der Woche Feierabend habe, bin ich froh, mich auch einfach einmal auf das Sofa setzen zu können, da hole ich meine Maschine nicht extra raus, das mache ich vornehmlich am Wochenende", so der Dipl.-Ing. (FH), der als Bauleiter tätig ist. Die angeblichen Lärmschutzgründe sind aus Sicht von Zorn nicht tragfähig: "Wenn ich eine Ausfahrt mit meiner Partnerin mache, dann wollen wir etwas von der Natur erleben. Wir bewegen uns dann

in der Regel weit weg von Wohnbebauung", schildert er. CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay springt ihm zu Seite: "Gerade jetzt, wo sich manche Menschen Sorgen um ihre Grundrechte machen, den Motorradfahrern tageweise das Recht zu nehmen, ihr Motorrad zu nutzen, halte ich für katastrophal." Für Mayer-Lay, seines Zeichens Rechtsanwalt, ist auch die juristische Komponente nicht überzeugend, denn Motorräder müssten regelmäßig dem TÜV unterzogen werden. Dieser achte darauf, dass die Dezibel-Grenzwerte nicht durch unsachgemäße Umbauten überschritten werden. "Wer ein ordnungsgemäß überprüfbares Motorrad fährt, den darf man nicht dafür bestrafen, dass einzelne andere an der Auspuffanlage manipulieren und ihr Fahrzeug damit absichtlich lauter machen", so der Jurist. Auch die Gleichheitsgrundsätze würden missachtet, wenn Motorradfahrer in ihrer Freiheit beschränkt werden würden, die Fahrer von lauten aufgemotzten PKWs aber unbehelligt weiterhin ihre Sonntagsrunden drehen dürften. Schließlich sei aus Sicht der CDU Bodenseekreis das Motorrad ein Fortbewegungsmittel. Es gebe Menschen,

die ganzjährig mit dem Motorrad unterwegs seien, gar kein Auto besitzen und nicht auf den ÖPNV verwiesen werden können. Diesen würde man die individuelle Bewegungsmöglichkeit an Sonn- und Feiertagen rauben. "Im Übrigen sind wir eine Tourismusregion", ergänzt Bundestagsabgeordneter Lothar Riebsamen. Mit einem Verbot würden viele Tagestouristen wegfallen, die Sonntagsausflüge mit dem Motorrad an den Bodensee machen. Für Volker Mayer-Lay und den Bundestagsabgeordneten Lothar Riebsamen ist dies nicht tragbar. Man wird sich entsprechend in Berlin dafür stark machen, dass der Vorstoß des Bundesrates keine Mehrheiten finden wird.



CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay (rechts) mit dem passionierten Motorradfahrer Michael Zorn
Foto: CDU BSK

CDU Bodenseekreis sagt K.O.-Tropfen den Kampf an

Die Ereignisse im Bodenseekreis im Rahmen von Fastnachtsveranstaltungen, bei denen die Verabreichung von sogenannten K.O.-Tropfen gemeldet wurden, haben die CDU Bodenseekreis veranlasst, sowohl auf eine gesetzliche Verbotsregelung auf Bundesebene hin zu wirken als auch eine breit angelegte Präventions- und Aufklärungskampagne anzuregen. „Die Tatsache, dass die Chemischen Grundstoffe zum Einsatz für K.O.-Tropfen bislang nicht unter das Betäubungsmittelgesetz fallen und somit faktisch nicht verboten sind, ist nicht akzeptabel“, so CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay.

K.O. Tropfen und deren chemische Grundzutaten werden noch schlimmer als die üblichen Betäubungsmittel als reine Tatwaffe eingesetzt, um weitere schwere Straftaten an den Opfern zu verüben.

Gerade in unserer Raumschaft steigen vor allem in der fünften Jahreszeit, der Fastnacht,

die Gefahren einer Verabreichung von Substanzen und hier insbesondere für Frauen und Mädchen. Der bisherige Verzicht auf ein Verbot der Grundstoffe für K.O.-Tropfen aufgrund dessen, dass die Stoffe auch in harmlosen anderen Produkten auf dem Markt Verwendung finden, hält einer Abwägung der im Raum stehenden Gefahren für unsere Jugend nicht stand, so Volker Mayer-Lay weiter. „Der Schutz unserer Jugendlichen, und vor allem der Frauen und Mädchen, muss bei dieser Überlegung an aller erster Stelle stehen und oberste Priorität haben!“

Die CDU Bodenseekreis will einen Verbot der entsprechenden Stoffe auf Bundesebene und damit schon allein das Mitsichführen unter

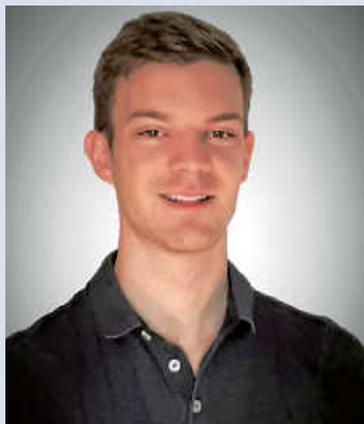
Strafe stellen lassen. Darüber hinaus wollen die Christdemokraten vom Bodensee eine Vergällung der Chemikalien mit Bitterstoffen zusätzlich erreichen, damit der ansonsten geschmacklose Stoff beim Konsum erkannt werden kann.

Schließlich, so sind sich die CDU'ler aus dem Bodenseekreis einig, sollen die guten Präventionsaktivitäten, die in Schulen im Bodenseekreis schon vorbildlich stattfinden, verstärkt werden. Die CDU Bodenseekreis wies darauf hin, dass es zwischenzeitlich unproblematisch auf dem Markt erhältliche Test-Armbändchen gibt, mit denen Getränke auf K.O.-Tropfen überprüft werden können. Die CDU Bodenseekreis hatte ein Kontingent von 300 Test-Armbändchen angeschafft. Diese wurden Jugendlichen mit dem wichtigen Hinweis darauf, dass diese nicht zu 100% zuverlässig sind, auf dem postalischen Weg kostenfrei von der CDU zugeschickt.



Aus dem Kreisverband/ Aus den Ortsverbänden

3 Fragen an...



Lucas Zodel

Der 21jährige Student für Luft- und Raumfahrttechnik an der Universität in Stuttgart ist im Januar 2020 neu in die CDU eingetreten. Seine Hobbies sind Musik (aktives Mitglied im Musikverein Hiltensweiler und Dirigent der Jugendkapelle) und Sport jeglicher Art. Manfred Ehrle hat sich mit ihm über die CDU unterhalten.

Lucas, was hat dich dazu bewogen, jetzt in die CDU einzutreten?

Lucas Zodel: Durch die aktuelle Situation zunehmender Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit, finde ich es wichtig, mich mit der Lage auseinanderzusetzen und mich einzubringen. Die CDU, als Partei der Mitte, bietet für eine große Breite politischer Fragestellungen – auch was Angelegenheiten der Gemeinde betrifft – Antworten, die mich überzeugen.

In der Altersgruppe der unter 30-jährigen gilt die CDU oftmals als „konservativ und altbacken“. Wie siehst du das?

Lucas Zodel: Für die angesprochene „jüngere Generation“ sind aktuelle Themen, wie Klimaschutz (z.B. Fridays For Future) sehr bedeutend. Hierbei vertreten andere Parteien häufig extreme Standpunkte, - was bei jungen Leuten in der Situation gut ankommt - verlieren meiner Meinung nach aber gleichzeitig das „große Ganze“ oftmals aus den Augen. Schwerpunkte, wie Wirtschaft, Sicherheit oder Finanzen klingen für die junge Generati-

on oft unattraktiv, dürfen aber keinesfalls vernachlässigt werden. Außerdem ist für mich „konservativ“ in einigen Fragestellungen nicht automatisch mit „schlecht“ zu assoziieren.

Die Bundes-CDU braucht eine oder einen neuen Vorsitzende/n. Wer soll's machen?

Lucas Zodel: Alle Bewerber, die aktuell im Rennen sind, zeichnen sich durch verschiedene Eigenschaften und Standpunkte, die mich ansprechen, aus. Ich denke, dass mehr denn je eine starke und durchsetzungsfähige Kraft an der Spitze benötigt wird. Dieses Gefühl wurde in der jüngeren Vergangenheit häufig von mir vermisst. Aktuell habe ich aber noch keinen endgültigen Favoriten.

CDU Langnau/Laimnau: Schwäbische Maultaschen und markige Sätze beim Politischen Aschermittwoch in Fellbach

Kraftvolle Debatten stehen traditionell beim Politischen Aschermittwoch der CDU Baden-Württemberg auf der Tagesordnung. Auch in diesem Jahr war eine Delegation des CDU - Ortsverbandes Langnau/Laimnau beim „größten politischen Stammtisch des Landes“ in der „Alten Kelter“ in Fellbach mit dabei. Hauptrednerin war die scheidende Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, die in ihrer Rede eine „klare Brandmauer nach rechts und links“ aufzog. „Wir müssen noch stärker nach künstlicher Intelligenz forschen, weil es bei der AfD mit der natürlichen Intelligenz nicht weit her ist“, rief die Verteidigungsministerin den 1500 Zuhörern zu. Zuvor hatte Landeschef und Innenminister Thomas Strobl den historischen Festsaal schon mit markigen Worten in Stimmung gebracht. Nach dem Goethezitat: Wer sich allzu grün macht, den fressen die Ziegen“ gab er so manchen Seitenhieb auf den grünen Koalitionspartner im Land. Gerne gehört wurden von den Langnauern seine Ankündigungen in punkto „schnelles Internet“ und „Strukturmaßnahmen für den

Ländlichen Raum. „Die CDU sorgt dafür, dass man den ländlichen Raum auch in Zukunft nicht hängen lässt“. Sein Anspruch laute da-

her: „Wir wollen das Land besser machen mit einer künftigen Ministerpräsidentin Susanne Eisenmann“, so Strobl.



Beim abschließenden Erinnerungsfoto standen den Langnauer Christdemokraten in diesem Jahr Landeschef Thomas Strobl (rechts), Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann (Mitte) und Bezirksvorsitzender Thomas Bareiß (links) gerne zur Verfügung.
Foto: Hannes Griepentrog

CDU Langnau/Laimnau: Handwerk trifft Politik und Kunst

Großer Andrang hat in diesem Jahr bei der Vernissage „Handwerk trifft Kunst“ in den Räumen der Argentalelektrik in Oberlangnau geherrscht. Bereits zum fünften Mal hatte Familie Ruetz ihre Türen für Künstler aus der Region geöffnet. „Dort wo die Hopfengärten rauschen“ und ein Loblied auf Langnau sangen drei pink „perückte“ Damen der A-cappella-Gruppe „Six-Päck“, die mit ihren Liedern für den musikalischen Rahmen und viele Lacher sorgten. „Es gibt Maler, die die Sonne in einen gelben Fleck verwandeln. Es gibt aber andere, die dank ihrer Kunst, den gelben Fleck in eine Sonne verwandeln“, mit diesen Worten von Picasso begrüßte CDU - Ortsverbandsvorsitzender Manfred Ehrle im Namen von Familie Ruetz die zahlreichen Freunde, Kunstliebhaber und Gäste aus der Politik. Mit dabei waren Regierungspräsident Klaus Tappeser und Landrat Lothar Wölfle.

Sechs Künstler präsentieren insgesamt 273 farbenfrohe und ausdrucksstarke Werke und verwandeln Ausstellungsraum und Lager des Handwerksbetriebs in eine Kunstgalerie. Manfred Ehrle stellte die Künstler mit treffenden Worten vor. Elke Hirscher beispielsweise sei eine quirlige Argentalerin, die mit Pouring-Technik leuchtend abstrakte Farbkombinationen schafft, Herbert John ein Glaskünstler und Maler, der in seinen vielseitigen Werken

reichlich Humor versteckt habe sowie Walter Amann, dessen hintergründige und tief sinnige Skulpturen aus Holz, Metall oder Stein Kunst sei, die vom Leben geschrieben wird, so Ehrle. Eigen und am Puls der Zeit seien die ausdrucksstarken Bilder der Geschäftsfrau Petra Schulz, die damit Denkanstöße geben und klare Kante zeigen möchte.

Vom „Bilderaufhänger“ zum Künstler habe sich Wolfgang Knöpfler entwickelt, der bisher ganz im Geheimen gemalt habe und zum ersten Mal seine realen Landschaftsbilder öffentlich zeigt. Lydia Günthör, die schon seit der ersten Ausstellung dabei ist, sei ein Glücksfall für die Kunst, sagte Ehrle. Sie erkennt die Ausstrahlung der einfachsten Dinge und setzt sie gekonnt in ihren Bildern um.

Es sei ihm das Herz aufgegangen, als er nach Langnau fuhr, schwärmte Regierungspräsident Klaus Tappeser in seinen Grußworten, wegen der Gegend und wegen der drei Da-



Regierungspräsident Klaus Tappeser

Foto: Tobias Heiß

men von Six-Päck. Er freue sich über den Stolz der Bürger in der Region, denn nur wenn man selbst wisse, wer man sei, könne man neue Menschen akzeptieren. Landrat Lothar Wölfle erzählte, wie ablehnend man noch 1918, zu König Wilhelms Zeiten, Kunstanschaffungen gegenüber war. „Mir brauchet koi Kunscht, mir brauchet Krumbiere“ habe es geheißen. Heute hieße es glücklicherweise „mir brauchet Kunscht und Krumbiere“.

Text: Annette Rösler - Schwäbische Zeitung



Dicht gedrängt lauschen die Kunstfreunde den Darbietungen

Foto: Manfred Ehrle

Anzeigen

Zimmerei

Qualität vom Meister



PLÜMER

Plümer Zimmerei und Holzbau
■ Tannöschstr. 10 ■ 88097 Eriskirch
■ Tel. 07541 - 809626 ■ Pluemer-Eriskirch@t-online.de

Holz- und Fertighaus GmbH



ZEHREER

• Planung • Ausführung • Betreuung

- Individueller Fertighausbau
- Massivholzhäuser
- Aufstockung • Anbau
- Gebäudesanierung



Brückenstraße 22 • D-88074 Meckenbeuren / Gerbertshaus
Tel. + 49 (0) 7542 - 9 42 60 info@zehrer.de • www.zehrer.de

Bauer  Hofladen

BAUR

Äpfel, Apfelsaft, edle Brände,
Gemüse, Kartoffeln und
feine Geschenkideen

Familie Baur
Teuringerstr. 22
88045 Friedrichshafen
Telefon: 07541 / 53081

Mo - Sa 8.00 - 12.00 Uhr | Mo - Fr 17.00 - 18.30 Uhr



HALLER
PRÄZISIONSTECHNIK

Ziegeleistraße 38
88697 Bermatingen
Telefon: 07544/95 19 80
Telefax: 07544/95 19 826

info@haller-praezision.de
www.haller-praezision.de



PROTOTYPEN | ERSATZTEILE | KLEINSERIEN

Robert Restle

Elektro * Kälte * Klima

Am Weiher 2 • 88709 Meersburg

Tel. 075 32/7949 • Fax 075 32/23 63
email: restle-kaelte-klima@t-online.de

Da steckt **MEHR** dahinter

**Haustüren | Zimmertüren | Möbel
Innenausbau | Ladenbau & -planung**



**Jürgen Mehr
Schreinerei**
Buchhornstraße 3
88094 Oberteuringen
Tel. 07546 / 92 99 33
www.Schreinerei-Mehr.de

Teil haben. Teil sein.

bruderhaus DIAKONIE
Stiftung Gustav Werner und Haus am Berg



**ICH MAG MENSCHEN
WIE SIE SIND.**

Werden Sie Teil des Teams in der Region
Bodensee-Oberschwaben als

- Auszubildende/r
- Freiwillige/r (BFD/FSJ/FÖJ)
- Praktikant/in

Informieren und bewerben Sie sich unter
07541 9226-0, Tobias Günther
www.bd-ausbildung.de

CDU Salem: Mit der CDU im Gespräch - Erstes Treffen der PoliTalk-Gesprächsrunde

Mit der CDU im Gespräch Erstes Treffen der PoliTalk – Gesprächsrunde

Der CDU – Ortsverband und die CDU – Gemeinderatsfraktion hatten am 3. März zu einem ersten Treffen im Rahmen ihrer PoliTalk – Gesprächsrunde ins Clubheim des SV Neufrach eingeladen.

In lockerer Runde sprachen die Teilnehmer kommunale Themen ebenso an wie Fragen zur Kreis-, Landes- und Bundespolitik. Lebhaft diskutierte Themen waren an diesem Abend unter anderem die Straßenplanung in Neufrach mit Nordspange und Südumfahrung, die Weiterentwicklung im Zentralbereich, Ideen für ein Nutzungskonzept des Alten Rathauses, Kläranlage und Dirte-Bike-Anlage.

„Wir wollen heute Abend Ihre Fragen beantworten, aber vor allem zuhören“, so Ortsverbandsvorsitzender Franz Jehle bei der

Begrüßung. Petra Herter, Fraktionssprecherin der CDU im Gemeinderat, versprach, die Anregungen und Vorschläge, wie auch die Bedenken, in die Fraktions- und Ortsverbandsarbeit mitzunehmen, als Basis für einen offenen Dialog mit den Bürgern.

Das nächste Treffen der PoliTalk – Reihe findet statt am 5. Mai 2020 um 19 Uhr im Schlosssee – Cafe. Dann auf Anregung der Teilnehmer mit spezifisch kommunalen Themen, die im Vorfeld der Veranstaltung noch veröffentlicht werden.



CDU Langenargen: Ralph Seubert übernimmt Vorsitz der Langenargener CDU



Der ehemalige, langjährige Fraktionsvorsitzende der CDU im Langenargener Gemeinderat, Rechtsanwalt Ralph Seubert übernimmt den Vorsitz des CDU-Ortsverbandes.

Die Langenargener Union hatte traditionell ihre

Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am Jahresende eingeladen. Dieses Jahr standen wieder Neuwahlen für den Vorstand an. Die bisherige Vorsitzende Anna-Lena Schraff kandidierte nicht mehr als Ortsvorsitzende. Die sehr gut vorbereitete und durch zahlreichen Besuch gekennzeichnete Jahreshauptversammlung wurde durch den stellvertretenden Ortsvorsitzenden Roman Woher eröffnet, dabei begrüßte er im besonderen Bürgermeister Achim Krafft und die CDU-Gemeinderatsfraktion. In seinem Bericht reflektierte Woher die vergangene Kommunalwahl, Finanzreferent Michael Brändle konnte in

seinem Kassenbericht auch nach der Kommunalwahl ein gutes finanzielles Polster vermelden. Der CDU-Fraktionschef Rainer Terwart berichtete über den Stand beim Neubau des Bauhofgebäudes und beim Feuerwehrhaus, während sich Bürgermeister Achim Krafft kritisch mit möglichen künftigen Erhöhungen der Kreisumlage auseinandersetzte. Anerkennung erhielt die CDU-Fraktion für ihre geradlinige Ablehnung eines Vorschlages für die Einrichtung eines Grünzuges auf Eriskircher Gebiet ohne vorherige Abstimmung mit der Gemeinde Eriskirch.

Vor der anstehenden Neuwahl des Ortsvorstandes erläuterte Ralph Seubert sein Projekt für die CDU Langenargen. Personell werden demnach die Anzahl der Vorstandspositionen deutlich erhöht und die Präsenz von Oberdorf und Bierkeller-Waldeck im Vorstand wird durch den Vorschlag gewährleistet. Die Mitglieder der Langenargener Union gaben Seubert für seine Vorschläge grünes Licht. Bei der Wahl zum Vorstand wurde dann unter der Lei-

tung von Rainer Terwart Ralph Seubert zum neuen Vorsitzenden des CDU-Ortsverbandes gewählt.

Ralph Seubert setzt wieder verstärkt auf die Präsenz der Langenargener Union in der kommunalen Politik. Auch der politischen Auseinandersetzung um die besten Lösungen für Langenargen wird die CDU wieder deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen.

In den Vorstand der CDU Langenargen wurden gewählt: Vorsitzender Ralph Seubert, Stellvertreter: Roman Woher, Michael Florian, Bernd Kleiser (gleichzeitig Pressesprecher), Schriftführer Valentin Müller, Finanzreferent Michael Brändle. Als Beisitzer fungieren Dr. Julia Pilgram, Claudia Santus, Nicolai Schlotmann, Florian Sauter, Stefan Müller, Wolfgang Hopfenzitz, Markus Krug, Reinhold Terwart, Manfred Christ (Bierkeller-Waldeck), Alfred Vögele (Bierkeller-Waldeck), Peter Wiggermann (Oberdorf) und Josef Müller (Oberdorf)

Aus den Ortsverbänden

CDU Kressbronn: Norbert Lins MdEP beim Funkensonntag - Lanze für Friedrich Merz

Wenn türkische Kirschen Wünsche übrig lassen
Kressbronn-Gattau – Die aktuelle Europapolitik vom Brexit über den Klimaschutz bis zur Kennzeichnung von regionalem Obst in den Supermarkt-regalen hat der Europaabgeordnete Norbert Lins zum traditionellen Funkensonntag der Kressbronner CDU ins „Rössle“ nach Gattau mitgebracht. Und auch nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg gehalten, wen er für den besten CDU-Bundesvorsitzenden hält: Friedrich Merz nämlich.

Ortsvorsitzender Karl Bentele äußerte in seiner Begrüßung die Hoffnung, sich als CDU bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr wieder früheren Ergebnissen annähern zu können, in einer Zeit, in der die Welt in Bewegung und Orientierung nötig ist. Dabei erinnerte er den Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der EU an die vielen Sorgen der Landwirte und Obstbauern.

Norbert Lins begrüßte die Entscheidung der CDU in Baden-Württemberg, sich für Merz als Bundesvorsitzenden ausgesprochen zu haben, und beleuchtete die problematische Wahlstrategie der Union in Thüringen, wo man im Oktober 2019 mit um die 21 Prozent das historisch schlechteste Wahlergebnis eingefahren hat. Zu Zeiten des Ministerpräsidenten Bernhard Vogel waren es über 40 Prozent. Es sei von den thüringischen Kollegen völlig in Ordnung gewesen, neben Bernd Ramelow

einen weiteren Kandidaten aufzustellen. Den größten Fehler habe die FDP gemacht, als deren Kandidat die Wahl mit den Stimmen der AfD annahm. Über das jetzige Kandidaten-Casting um den Bundesvorsitz mit der Wahl am 25. April ist er froh. Er habe vor Merz zu wählen. Der hat nach seiner Überzeugung das beste Konzept. Lins verbindet mit Merz die Hoffnung, dass der in der Lage ist, dann als Kanzlerkandidat ein Wahlergebnis deutlich über 30 Prozent erreichen zu können.

Vor der deutschen Ratspräsidentschaft im Europaparlament (der ersten seit 13 Jahren von Juli bis Dezember dieses Jahres) erwartet er in Sachen Brexit harte Auseinandersetzungen, nachdem sich Großbritannien aus Handelsvereinbarungen die Rosinen (Zugang zu Banken auf dem Kontinent) herauspicken und alles Belastbare nicht mehr haben wolle. Lins rechnet damit, dass es bis zu Abschlüssen Monate dauern könnte. Von den Vereinbarungen sei nicht zuletzt die Landwirtschaft betroffen, nachdem sich Großbritannien nur zu 60 Prozent selbst versorgen könne. Begriffen werden müsse auf der Insel, fair miteinander umzugehen, dann könnten beide Seiten profitieren.

Norbert Lins ging auf den EU-Haushalt bis 2027 und die Nettozahler-Debatte ein. Er rechnet mit einem Anstieg des deutschen Gesamtbeitrags und bat in der Diskussion, nicht nur über die Einzahlungen Deutschlands zu

reden. Im Bereich der Forschung profitiere niemand mehr als Baden-Württemberg von der EU. Im Bereich der Landwirtschaft setzt sich der (auch stellvertretende CDU-Bezirksvorsitzende) für eine größere Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe (zwischen fünf und 250 Hektar) ein. Er hofft bis Mitte Juni zu einer Entscheidung zu kommen, die die unterschiedlichen Interessenlagen berücksichtigt. Der durchschnittliche Betrieb in Baden-Württemberg verfügt über eine Anbaufläche von 36 Hektar, in Tschechien sind es 134 und in Slowenien sieben Hektar.

Enttäuscht sind viele Obstbauern vom Einkaufsverhalten vieler Kunden. 72 Prozent von ihnen sagen in Umfragen, sie würden höhere Preise für mehr Tierwohl und Pflanzenschutz zahlen, tatsächlich sind es aber nur 16 Prozent. Lins sprach sich für eine entsprechende Diskussion in der Gesellschaft und nicht nur unter Landwirten und Experten aus. In öffentlichen Diskussionen würde die Landwirtschaft oft „in die Ecke“ gestellt. Beim Pflanzenschutz sprach er sich für eine ganzheitliche Debatte und in der Klimadiskussion für mehr Ehrlichkeit aus. China, die USA und Indien seien für über die Hälfte der ausgestoßenen Emissionen verantwortlich. Die müsste Deutschland überzeugen, mehr zu tun. Allerdings dürften die EU und Deutschland keinen wirtschaftlichen Niedergang produzieren, ansonsten sähen sich die Adressaten in der Meinung bestärkt, wie die dürfen wir das nicht machen.

**Merz der Fähigste**

In der lebhaften Diskussion wurde bedauert, dass alle Vorsitzenden-Kandidaten aus Nordrhein-Westfalen kommen und der süddeutsche Einfluss in Berlin nach Wolfgang Schäuble (jetzt Bundestagspräsident) und Volker Kauder (nicht mehr Fraktionsvorsitzender) überschaubar sei. Lins warnt davor, einzelne Kandidaten „niederzumachen“. „Von den drei Fähigen ist Merz der Fähigste“, glaubt er. Norbert Lins votiert dafür, die Dinge in Sachen Klima differenzierter darzustellen, wobei man mit den Grünen bis auf deren Drang nach Verboten nicht uneinig sei. Die CDU führe die Klimadebatte nicht erst seit Greta, sondern habe über das Waldsterben schon in den 1980er Jahren gesprochen und mit dem damaligen Umweltminister Klaus Töpfer die Technologie-Offensive gestartet. „Bei der Lösung sind wir die Besseren“, sagte Lins, der auch davor warnte, die Automoto-

bilindustrie samt -Zulieferern zu verdammen: Wenn die kein Geld mehr verdienen könne der Umweltschutz nicht mehr bezahlt werden, sagte er. In der Diskussion wurde der Ausbau des ÖPNV gefordert und eine EU-Vereinheitlichung bei den Schadstoffplaketten und dem Verkehrsrecht, wo - so Alt-Bürgermeister Edwin Weiss - das blanke Chaos herrsche.

„Wir kuschen“

Jürgen Ganal kritisierte rückstandsbelastete Kirschen aus der Türkei und bedauerte, vor anderen Anbietern Angst zu haben und „zu

kuschen“. Die Türkei ist der größte Kirschen-Anbieter in Europa. Von 14 nachgewiesenen Rückständen weiß Hubert Bernhard, der die Diskrepanz zu den unterschiedlichen Produktionsbedingungen ein Riesenproblem für die Obstbauern der Region nannte. Eine bessere Kennzeichnung deutscher Ware in Supermarktregalen würde helfen, glauben die Obstbauern, die sich fragen, ob die Handelsketten gezwungen werden können, deutsche Ware in eigenen Regalen anzubieten.

Norbert Lins will das Thema Rückstand-Grenzwerte thematisieren, ist aber kein Be-

fürworter nationaler Kennzeichnungen. Er halte es besser, sich regional in Baden-Württemberg mit Bayern und Österreich zu organisieren. Diskutiert wurde die Macht der Ketten (Aldi, Lidl, Rewe, Edeka), die 85 Prozent des Marktes beherrschen. Die entscheidende „Käufertäuschung“ finde auf der Verpackung statt. Dort werde oft der (regionale) Verpackungsort groß geschrieben und dem Kunden als Herstellungsland suggeriert.

Siegfried Großkopf, SZ

CDU Tettang gratuliert zum *80 Geburtstag* von Heribert Geiger

Anlässlich seines 80. Geburtstag am gumpigen Donnerstag gratulierte Siegfried Weber (mit Perücke) und Achim Lange Heribert Geiger (Mitte) und überbrachten die Glückwünsche von der gesamten Vorstandschaft.

In einer Ansprache und in Versform dankte Achim Lange für die langjährige Treue, gute engagierte Zusammenarbeit und tatkräftige Unterstützung unserer CDU Tettang in den zurückliegenden 45 Jahren. Geiger war stets in der Vorstandschaft vertreten, zeitweise sogar als Vorsitzender aktiv. Sein Rat war stets geschätzt.



Wir fertigen **komplexe Dreh- und Frästeile** für Luft- und Raumfahrttechnik sowie für Automobil und Maschinenbau.



ZIEGLER
GMBH

**Material
Technik
Qualität
Logistik**



Ziegler GmbH
Bergstr. 5
88697 Bermatingen
Phone: +49 7544 / 95660
office@ziegler-gruppe.de
www.ziegler-gruppe.de



Heimat

STÄRKEN

Vom Satz bis zum Druck – zu 100 % aus Baden-Württemberg

Wenn man in Baden-Württemberg über Amtsblätter spricht, kommt man an dem Familienunternehmen Nussbaum Medien nicht vorbei. Die Verlagsgruppe ist mit ihren 10 Standorten in Weil der Stadt, St. Leon-Rot, Bad Rappenau, Rottweil, Ebersbach an der Fils, Horb, Dusslingen, Gaggenau, Echterdingen und Ettlingen tief in diesem Marktsegment verwurzelt.

Mit über 550 Mitarbeitern und einer wöchentlichen Auflage von mehr als 1,1 Millionen Exemplaren, die in über 380 Städten und Gemeinden erscheinen, ist das Unternehmen klarer Marktführer in Baden-Württemberg.

Mit großem Eifer arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Zukunft des Unternehmens – der „digitalen Transformation“ des Geschäftsmodells. Zu den Zielen gehört der Ausbau des verlagseigenen Redaktionssystems Artikelstar, die weitere Entwicklung digitaler und mobiler Angebote, der Aufbau von eCommerce-Lösungen und die Einführung eines Nussbaum Clubs.

Nussbaum Medien unterstützt das aktive gesellschaftliche Leben in dieser Region. Dem Claim und Motto „Heimat stärken“ wird die Verlagsgruppe durch Ihre Haltung und das tagtägliche Handeln gerecht.



kauf **in** BW

Gemeinsam die Attraktivität und
Vielfalt der Region fördern

»Mit jedem Einkauf bei inhabergeführten
Geschäften stärkst du die Region und
unterstützt so den Erhalt einer bunten
und vielfältigen Innenstadt sowie
attraktiven Einrichtungen.«

Sie sind selbst ein regionaler Produzent oder Anbieter?

Bringen auch Sie Ihr Unternehmen ins Netz, präsentieren Sie sich
auf dem Marktplatz kaufinBW und profitieren Sie von vielen Mög-
lichkeiten – wir beraten Sie gerne.

Jetzt online durchstarten

partner.kaufinbw.de



NUSSBAUM

Ein Produkt von Nussbaum Medien
Weil der Stadt · St. Leon-Rot · Bad Rappenau
Rottweil · Ebersbach an der Fils · Horb

www.nussbaum-medien.de

**Dir gefällt unser Ziel?
Du hast Lust auf mehr?**

Dann werde jetzt Fan und erhalte interne Einblicke in das Projekt.



kaufinBW

Aus den Ortsverbänden

CDU Tettngang: Auskünfte von Bank und Politik treffen in´s „Schwarze“

Beim CDU Bürgerstammtisch in der Schöre in Dietmannsweiler gab es treffliche Diskussionen.

Timo Fischer, Finanzexperte der Volksbank Friedrichshafen-Tettngang eG informierte bravourös darüber, wie es zur heutigen Zinssituation kam.

Wer sein Ersparnis zinslos „parkt“, erleidet durch die Inflation einen Kaufkraftverlust.

Eine Rendite, die langfristig das Vermögen sichert, lässt sich nur über die Beimischung von Sachwerten wie Aktien, Edelmetallen oder Immobilien erzielen. Diese aber bitte breit streuen und längerfristig anlegen.

Timo Fischer fasst zusammen: „Der Sparer hat derzeit die Wahl zwischen einem sicheren Verlust oder Erträgen mit Wertschwankungen.“

Claudio Meichle, der den Abend fundiert moderierte, stellte die spannende Frage was denn die Politik tun könne?

Herr Fischer sieht die niedrigen Zinsen als globale Entwicklung. Auf Nachfrage der Teilnehmer sieht er die diskutierte Finanztransaktionssteuer nicht als Lösung. Im Gegenteil, sie erschwere die dringend notwendige Änderung des Anlageverhaltens.

Vorsitzende Sylvia Zwisler möchte dieses Thema deshalb im Vorstand zu einem Antrag machen und in der CDU thematisieren.

Investitionen in Bildung und Sicherheit

Landtagsabgeordneter August Schuler berichtete über die Investitionen im Landeshaushalt 2020/2021, vor allem in den Themenfeldern Bildung, Sicherheit, Digitalisierung, Wohnungsbau und Infrastruktur.

August Schuler: „Wir schaffen mit unseren Investitionen Entwicklungsperspektiven für die Städte ebenso wie für den ländlichen Raum.“ Einmal mehr betonte der Abgeordnete, dass Bund und Länder in den letzten zehn Jahren die politischen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit richtig gesetzt hätten. „Wir haben jetzt als Union die Mammutaufgabe kluge Rezepte zu finden, damit die Risse in unserer Gesellschaft nicht größer werden,“ so August Schuler.

Er berichtete von den vielfältigen Arbeitsabläufen im Landtag und der Debattenkultur mit allen gewählten Volksvertretern. Er mahnte Respekt vor anderen Meinungen an, auch wenn man sie nicht immer teilen könne.

Achtung vor AKK-Entscheidung

CDU-Mitglieder empfanden die mediale Wortwahl und die Kommentare zu „AKK“ wie: „Sie hat die Partei nicht im Griff“ nicht treffend. Das Gegenteil sei gefragt: in der CDU solle die freie Meinungsäußerung und eigenverantwortliches Handeln oberste Priorität haben. Diskussionen seien innerparteilich erwünscht, jedoch keine „Beherrschung“ durch eine Bundesvorsitzende.



OPTA®
Massivhaus

Verband selbständiger deutscher Wohnbauunternehmen

- schlüsselfertig
- vollunterkellert
- handwerkliche Ziegelbauweise
- individuelle Planung
- konsequente Markenqualität direkt vom Bauunternehmer
- in 6 Monaten bezugsfertig



Brugger & Schön Wohnbau GmbH

Wiesertsweiler 30 · 88069 Tettngang

Telefon 0 75 42/9 30 50 · Fax 0 75 42/93 05 28

<http://www.brugger-schoen.de>, E-mail: info@brugger-schoen.de

**Traumjob in
Ihrer Region?
Jetzt Job finden!**

www.jobsuchebw.de

jobsuche **BW**

Lothar Riebsamen MdB:

Einmal Krise und zurück – Corona aus einem persönlichen Blickwinkel

Die letzten Wochen und Monate waren für uns alle sehr außergewöhnlich. Und das in verschiedenster Hinsicht. Ein winziges Virus bringt alles außer Kontrolle. Was vorher normal und alltäglich war, ist nun häufig auf einmal nicht mehr möglich. Es gelang dem Virus sogar, innerhalb kürzester Zeit nahezu die ganze Welt, inklusive Handel, Warenströmen und Reisen, stillzulegen. Das merken wir auch in unser aller Alltag: Kontaktsperr, Schul- und Kindergartenschließungen, die Schließung von „nicht-systemrelevanten“ Geschäften, Veranstaltungsverbote und zahlreiche weitere Maßnahmen betreffen jeden einzelnen von uns. Industrieunternehmen und Airlines haben ihren Betrieb eingeschränkt oder drastisch zurückgefahren, weil Lieferketten unterbrochen wurden oder die Nachfrage extrem eingebrochen ist.

Und auch ich als Gesundheitspolitiker in einer der größten Volkswirtschaften unseres Planeten war auf einmal mittendrin im Corona-Geschehen. Denn die oben beschriebenen Schließungen und Stilllegungen galten zwar für viele Bereiche unseres Lebens, aber auf mit Sicherheit nicht für die Politik – weder auf Bundes- oder Länderebene, geschweige denn in den Kommunen. Denn es galt, auf die neue Herausforderung zu reagieren, was uns auch gut gelungen ist, wie ich meine! Die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der der unmittelbaren Auswirkungen der Krise getroffen wurden, sind bislang erfolgreich und – Stand heute – zielführend und richtig.

Neben den erwähnten Einschränkungen, die eine weitere Verbreitung des Virus verhindern beziehungsweise zumindest eindämmen sollten, galt es zudem auch, die bereits sehr gute Gesundheitsversorgung in unserem Land noch weiter zu optimieren.

Dabei zeigte sich wieder einmal, dass wir eines der besten Gesundheitssysteme der Welt haben! Insbesondere im internationalen Vergleich mit Ländern wie Italien, Frankreich oder Spanien, aber auch mit den USA, Großbritannien oder Brasilien wurde klar, dass wir – immer ausgehend vom aktuellen Stand – mit unserer Mischung aus strengen, aber besonnenen Vorgaben und einem, sowohl personell als auch technisch hervorragend ausgestatteten Gesundheitssystem, vollkommen richtig auf die Pandemie reagiert haben. Derart furchtbare Bilder wie wir sie aus Norditalien, New York oder dem Elsass kennen, blieben uns gottseidank erspart. Bei uns

konnten alle Patienten geregelt versorgt werden.

An dieser Stelle möchte die Gelegenheit nutzen, die Krankenhäuser, die Ärzte sowie alle an der Gesundheitsversorgung in Deutschland Beteiligten, wie Pflege- und Rettungskräfte, ausdrücklich zu loben und ihnen für ihre enorm wertvolle und aufopferungsvolle Arbeit zu danken!

Und auch in der gesundheitspolitischen Gesamtschau haben wir, meiner Meinung nach, bisher ein sehr gutes Bild abgegeben. Denn es ist uns gelungen, in kürzester Zeit auf die enorm veränderten Gegebenheiten zu reagieren. Krankenhäuser haben ihre Kapazitäten, insbesondere an potentiellen Beatmungsbetten innerhalb kürzester Zeit massiv ausgebaut. So wurden OP-Säle in Notfall-Beatmungsstationen umgewandelt, ältere Beatmungsgeräte wurden reaktiviert und Lagerbestände aufgelöst. Zudem wurden viele Betten für eine damals drohende große Erkrankungswelle freigehalten – unter anderem durch das Verschieben von planbaren Eingriffen. Teilweise gab es in vielen Kliniken tatsächlich zwei Krankenhäuser unter einem Dach: eine Corona-Station und eine „normale“.

Diese Anpassungen stellten und stellen große Belastungen für die Krankenhäuser dar, weshalb die Politik dies auch unmittelbar durch ein Hilfspaket unterstützte. Als Berichterstatter für das Krankenhauswesen ist mir dabei natürlich besonders an einer zielgenauen Hilfe für möglichst alle Krankenhäuser gelegen. Daher ist es auch absolut richtig, die Auswirkung der Maßnahmen des Hilfspakets auf die Krankenhäuser zu beobachten, um weiteren Handlungsbedarf zu erkennen und gegebenenfalls vorhandene Lücken zu schließen. Hierzu wurde ein Experten-Beirat eingerichtet, der aus Vertretern der Krankenhäuser, der Krankenkassen sowie aus Fachleuten aus dem Bereich der Gesundheitswirtschaft besteht.

Zum aktuellen Zeitpunkt bleibt immer mehr zu hoffen, dass wir die Corona-Krise langsam aber sicher hinter uns lassen können. Auch wenn die Erkrankung uns definitiv in den nächsten Monaten und Jahren weiter begleiten wird, so sollten wir – in einem ausgewoge-



nen Gleichgewicht aus Schutz, Sicherheit und Freiheit – wieder in einen normaleren, wenn aber mit Sicherheit auch veränderten, Alltag zurückkehren können!

Allerdings führen die positiven Entwicklungen der letzten Zeit mit den damit einhergehenden teilweisen Lockerungen der Corona-Beschränkungen aktuell zu einem skurrilen Schauspiel. Die Bundesländer, die für diese Regelungen und die entsprechenden Lockerungen zuständig sind, überbieten sich teilweise darin, als erste wieder „Normalität“ herstellen zu wollen. Hierin steckt eine enorme Gefahr! Das hat sich bereits an verschiedenen Beispielen gezeigt. Mal stecken sich bei einer Restaurant-Eröffnung in Norddeutschland zahlreiche Menschen mit dem Corona-Virus an; mal müssen nach einem Gottesdienst sogar über Hundert Menschen in Quarantäne. Dabei ist es ist mehr als fahrlässig nun anzunehmen, dass das Virus einfach verschwunden sei. Denn dem ist leider absolut nicht so! Die positiven Entwicklungen, die wir erleben, sind Auswirkungen der zielführenden Beschränkungen, die weitestgehend bundesweit einheitlich in Kraft waren und teilweise auch noch sind. Es ist zu früh, über eine völlige Aufhebung der Beschränkungen nachzudenken. Und es ist fahrlässig, dies auf eine Art und Weise zu tun, wie es der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow jüngst getan hat – nur um kurz darauf wieder zurückrudern zu müssen. Seriöse und verantwortungsvolle Politik geht anders! Ich werde mich weiterhin klar für diese einsetzen!

Unsere Abgeordneten

Norbert Lins MdEP: Weg sind sie, die Briten... Und nun?



Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

der 29. Januar 2020 war ein besonderer Tag, eine Zäsur, für die Europäische Union. Auch ich habe diesen Tag als sehr emotional erlebt. An jenem Mittwoch wurde uns allen klar: Das war es, jetzt wird der Brexit Realität. Mit 621 Stimmen bei 49 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen wurde das Brexit-Abkommen gebilligt. Es ist gut, dass hier erst mal ein Schlusspunkt gesetzt wurde. Seit 2016 hatten wir den Brexit verhandelt, und es war ein zähes Ringen, ein Auf und Ab. Die Mehrheit der britischen Bevölkerung hatte sich im Referendum von 2016 für diesen Schritt entschieden. Diesen demokratischen Prozess gilt es zu respektieren. Andererseits halte ich persönlich den Brexit für einen historischen Fehler. Großbritannien steht vor einer großen Zerreißprobe und ist gespalten. Zugleich sieht Manfred Weber, unser Vorsitzender in der EVP-Fraktion, im Brexit auch zu Recht eine Chance für Europa und eine Gelegenheit zum Handeln. Das stimmt, denn jetzt können wir den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, welchen Wert eine EU-Mitgliedschaft hat. Und wir werden unsere Werte, unsere Überzeugungen, im Abkommen mit Großbritannien verankern. Dieses neu ausgehandelte Abkommen kann dann als Vorlage für zukünftige Verhandlungen mit anderen Partnern dienen.

Und wie geht es jetzt weiter? Die Stimmung ist insgesamt gut, und ich würde auch sagen ein Stück weit gelöst. Die Brexit-Verhandlungen

waren wirklich langwierig und anstrengend. Das Parlament ist nun etwas kleiner und besteht nach dem Austritt Großbritanniens aus 705 Abgeordneten der 27 Mitgliedstaaten. Wir haben ein paar Populisten verloren, was sich sicherlich positiv auf manche Abstimmung auswirken wird. Andererseits haben wir mit dem Austritt der Briten auch kompetente, konstruktive und dezidiert pro-europäische Kollegen verloren. Das bedauere ich sehr.

Bis zum 31. Dezember 2020 gilt jetzt eine Übergangsfrist. Auf britischem Territorium wird in dieser Zeit weiterhin EU-Recht angewendet. Für die Zeit ab 2021 werden seit 2. März 2020 neue Regeln für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien ausgehandelt. Dabei kann Michel Barnier, Leiter des Verhandlungsteams der Kommission, auf die volle Unterstützung des Europäischen Parlaments zählen. Die politischen Prioritäten in den Verhandlungen sind klar: Das Vereinigte Königreich hat sich freiwillig dazu entschieden, die Staatengemeinschaft zu verlassen und wird deswegen auch bestimmte Vorteile nicht mehr genießen können. Die Europäische Union strebt eine ambitionierte und umfassende Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich an.

Da die Verhandlungen von Freihandelsabkommen in der Regel mehrere Jahre in Anspruch nehmen, ist diese Zeit extrem kurz und der Ausgang offen. Unsere wichtigsten Forderungen sind, dass die Integrität des EU-Binnenmarktes und der Zollunion gewahrt werden, bestehende Vorschriften dynamisch angeglichen werden, und die EU die sensibelsten Sektoren ihrer Wirtschaft schützt. In zehn Verhandlungsgruppen wird jetzt parallel über Handel, Sicherheit und Fischerei sowie über weitere Fragen gesprochen. Wie es dann tatsächlich ab 2021 weitergeht, bleibt abzuwarten.

Zudem stehen mit den Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2021 und des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 zwei

Themen von extrem hoher Bedeutung an. Letztere gelten als die härtesten in der Geschichte der EU/EG. Großbritannien war neben Deutschland, Frankreich und Italien einer der größten Nettozahler der Europäischen Union. Das Budget, das wir innerhalb der Europäischen Union verteilen können, ist durch den Brexit geschrumpft und der Verteilungskampf wird härter. Es wird nicht einfach sein, alle Interessen und Wünsche zu berücksichtigen. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir uns nicht in Zahlendebatten verlieren dürfen. Es geht nicht um Nettozahler und Rückflüsse. Jedes Land in der EU investiert in den Mehrwert, den Europa zu bieten hat. Ich stimme Manfred Weber zu, der sagt, dass wir raus aus der „nationalen Egoismusfalle“ müssen. Wir müssen eine Debatte über die Zukunft führen. Ich würde es begrüßen, wenn sich die EU nicht fast ausschließlich aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanzieren würde. Die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem sind hier beispielsweise zu nennen. Mit einem Minimalhaushalt würde Europa kläglich versagen und den europäischen Mehrwert mit Füßen treten. Erfolgreiche EU-Programme müssten dann womöglich gekürzt werden. Davon wäre beispielsweise der ländliche Raum betroffen. Für die Umsetzung der ambitionierten Ziele des „Green Deals“ wird ebenfalls viel Geld benötigt. Ein klimaneutrales Europa bis 2050 ist nur realistisch, wenn dafür ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Kurzum, wir brauchen einen angemessenen EU-Haushalt, um die großen Herausforderungen wie Klimaschutz, Forschungsförderung, digitale Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Außengrenzschutz gemeinsam erfolgreich angehen zu können.

Mit besten Grüßen

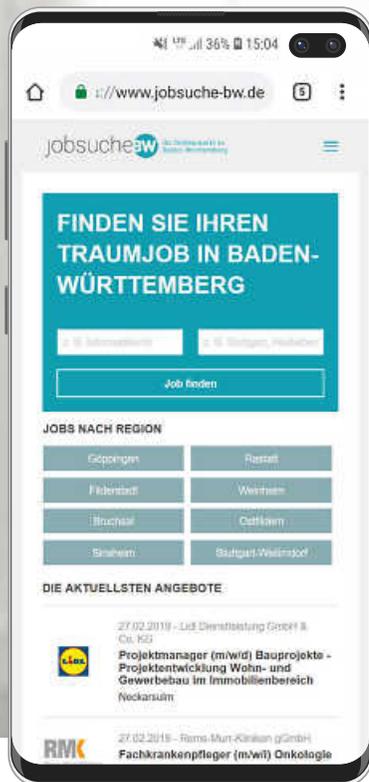
Ihr

Norbert Lins

Kennen Sie schon meinen **Infobrief**? Jeden Monat berichte ich darin über meine Arbeit im Europäischen Parlament und informiere über die aktuellen Themen. Sie können den Infobrief bequem über meine Website www.norbert-lins.de abonnieren. Selbstverständlich können Sie sich auch jederzeit wieder davon abmelden.

Über 4.300 Jobs in Baden- Württemberg

Stand: 15.04.2019



inkl. Stellenanzeigen
aus den Lokalzeitungen

mobiloptimiert

jobsuche **BW**

Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf www.jobsuchebw.de finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.

jobsucheBW ist ein Angebot von





Rückblick

75 Jahre Kriegsende – ein Blick zurück

Im Frühjahr 1945 übergab ein gewisser Gottlob Hettler, ein Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges, sein Heimatdorf Eberdingen im früheren Kreis Vaihingen an der Enz an die vorrückenden Franzosen. Dies tat er, da man ihn kurz vor Kriegsende gebeten hatte, das Amt des kommissarischen Bürgermeisters zu übernehmen. Dabei ging er lediglich mit einer weißen Fahne los und tat dies ohne zu wissen, ob er abends wieder heil nach Hause kommen würde. Dieser mutige Schritt bedeutete zugleich das Kriegsende für seinen Heimatort.

Das Ende des 2. Weltkrieges, der Zerstörung und Verzweiflung über ganz Europa brachte, jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Doch auch nach dem vollständigen Zusammenbruch blieben seine Folgen noch langespürbar. Denn der lange Schlagschatten dieses Krieges bestimmte die bundesrepublikanische (Erfolgs-)Geschichte immer wieder maßgeblich. Zugleich haben diese historischen Debatten und politischen Kontroversen auch die Christdemokratie nachhaltig geprägt. Aus diesem Anlass möchten wir einige der historischen Wegmarken in den Fokus nehmen und wichtige Schlaglichter kurz beleuchten.

Im September 1949 machte der erste Bundeskanzler der jungen Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bei seinem Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei Bonn einen mehr als symbolischen Schritt vorwärts, so dass er auf einem Teppich zum Stehen kam. Diese Geste war ausdrücklich nicht erwünscht, denn ihm gegenüber standen die drei Hohen Kommissare der Westalliierten. Und Adenauers Platz jenseits des Teppichs sollte den Deutschen unmissverständlich klar machen, wo die Bundesrepublik stand. Nach bedingungsloser Kapitulation und vollständiger alliierter Besetzung hatte Deutschland nicht nur seine staatliche Souveränität verloren. Aufgrund all der schrecklichen Verbrechen des Krieges hatte es zudem seine moralische Integrität eingebüßt, so dass es kein gleichwertiges Mitglied der Völkerfamilie mehr war. Aber Adenauer war fest entschlossen, Deutschland zurück in die Völkergemeinschaft zu führen und es wieder zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen. Dafür wa-

ren zahlreiche Schritte nötig:

Westintegration als Basis der späteren Wiedervereinigung

Der Schlagschatten des 2. Weltkrieges bestimmte gerade in der jungen Bundesrepublik maßgeblich die politischen Weichenstellungen. Nicht nur, dass Deutschland geteilt worden war und faktisch unter alliierter Besatzung stand. Es ging zudem um die grundsätzliche Frage, wie man sich zukünftig im internationalen Mächtesystem positionieren sollte. Dabei lehnte Adenauer das Konzept einer staatlichen Neutralität zwischen den beiden ideologischen Blöcken strikt ab. Stattdessen verfolgte er konsequent den Weg einer entschiedenen Westintegration, das heißt einer engen Bindung an die freiheitlich-westlichen Demokratien unter Führung der USA. Dabei gelang es ihm, Deutschland von einem besiegten und besetzten Feind zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen, der in das westliche Bündnisssystem eingebunden wurde. So war es möglich, sukzessive viel verlorenes Vertrauen wiederzuerlangen.

In der Folge beendeten die westalliierten Besatzungsmächte im Jahr 1951 den offiziell immer noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland. Als letzte der vier Siegermächte folgte die Sowjetunion im Januar 1955 diesem Schritt. Daraufhin erlangte die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 weitgehend ihre staatliche Souveränität zurück. Damit wurde gleichzeitig der alliierte Besatzungsstatus aufgehoben, sodass Deutschland fast auf den Tag genau 10 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder ein (größtenteils) souveräner Staat war. Zugleich war die Bundesrepublik durch ihre Aufnahme in die NATO seit 1955 fest in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft integriert.

„Heimkehr der Zehntausend“

Der sicher emotionalste politische Erfolg Adenauers war – mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende – die „Heimkehr der Zehntau-

send“. Im September 1955 war es ihm nach zähen Gesprächen in Moskau gelungen, die Freilassung der letzten noch verbliebenen, knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischer Gefangenschaft zu erreichen. Deren Heimkehr und die tiefe Emotionalität ihres Empfangs machten deutlich, wie unglaublich groß jene Wunden waren, die dieser Krieg mit all seinen schrecklichen Folgen gerissen hatte. Stellvertretend hierfür steht das Bild einer älteren Frau, deren Ehemann unter den Heimkehrern war und die, als Ausdruck zutiefst empfundener, unendlicher Dankbarkeit, einen Kniefall vor dem alternen Bundeskanzler machte.

Auschwitzprozesse

Eine weitere historische Wegmarke waren zweifelsohne die Auschwitzprozesse, die die deutsche Öffentlichkeit, knapp zwanzig Jahre nach Kriegsende, erstmals dazu zwangen, sich umfassend juristisch mit dem Massenmord an den europäischen Juden zu befassen. Der erste dieser Prozesse gegen früheres SS-Personal im Vernichtungslager Auschwitz begann im Dezember 1963 vor dem Landgericht Frankfurt am Main und dauerte mehr als eineinhalb Jahre. Er war zugleich der größte Strafprozess in der bisherigen deutschen Nachkriegsgeschichte. Treibende Kraft war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gewesen, der die juristische Aufarbeitung maßgeblich vorantrieb. Dabei stieß Bauer auf mitunter starken Widerstand, auch aus Kreisen der Justiz, von dem er sich jedoch nicht beirren ließ.

Die Rede Richard Freiherrn von Weizsäckers

Einen tiefen Einschnitt, gerade auch in konservativen Unionskreisen, stellte zweifelsohne jene Rede dar, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hielt. Sein Ausspruch vom 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ war für viele – auch und gerade in konservativen Kreisen – nur schwer zu akzeptieren. Dies galt insbesondere für jene, die den Krieg als junge Wehrmachtssoldaten selbst miterlebt hatten. Denn sie mussten die bedingungslose Kapitu-

75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

lation als junge Soldaten natürlich als militärische Niederlage empfunden haben. Zudem bedeutete das Kriegsende für viele eine nach wie vor schmerzliche persönliche Erinnerung, die sie mit dem tragischen Verlust der eigenen Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten verbanden. Dabei wirkt Weizsäckers Rede umso beeindruckender, wenn man bedenkt, dass er selbst den gesamten Krieg als Wehrmachtssoldat, und große Teile davon an der Ostfront, miterlebt hatte und sein älterer Bruder, der mit ihm im selben Regiment diente, schon in den ersten Tagen des Polenfeldzuges gefallen war. Er kannte also den unfassbar schmerzlichen Verlust, den dieser mörderische Krieg verursachen konnte. Umso ehrenvoller muss daher die Würdigung für das Werk dieses wahrhaft großen Staatsmannes ausfallen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Dabei beschäftigte die Erinnerung an den Krieg keineswegs nur die Deutschen selbst. Dies wurde überraschend deutlich, als nach dem Fall der Mauer die ersten Bestrebungen einer deutschen Wiedervereinigung aufkamen. So titelten beispielsweise englische Boulevardzeitungen in großen Lettern vom drohenden „4th Reich“, einem 4. Reich, das mancher bereits unheilvoll aufziehen sah. Wengleich uns diese Ängste nach 30 Jahren erfolgreicher Wiedervereinigung heute merkwürdig fremd erscheinen, so waren sie damals doch sehr real und prägten mitunter die öffentliche Meinung gerade in Großbritannien und Frankreich. So warnten im Hinblick auf die „deutsche Frage“ sowohl Margaret Thatcher als auch François Mitterrand vor einer Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine befürchtete deutsche Dominanz. Dabei war es zweifelsohne das große Verdienst von Helmut Kohl, diese mitunter massiven Vorbehalte überwinden zu können. Nämlich indem es ihm glückte, die vormaligen Alliierten davon zu überzeugen, dass auch ein wiedervereintes und damit größeres Deutschland ein ebenso zuverlässiger politischer Partner in der Mitte Europas bleiben würde.

Ob wir dies wollen oder nicht, das Erbe des 2. Weltkrieges begleitet uns bis heute. Dabei liegt es an uns, was wir aus diesem Erbe machen. Wenn wir uns mit Stolz und Gestaltungswillen an solch mutigen Männern wie Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl und meinem Urgroßvater orientieren, dann können wir Christdemokraten voller Zuversicht sein.



Die CDU Baden-Württemberg zum 8. Mai 2020

„Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten“

Am 8. Mai jährte sich das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa zum 75. Mal. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl: „Der 8. Mai markiert zeitgleich Ende und Anfang. Er markiert das Ende des abscheulichsten Abschnitts unserer Geschichte, voller Verbrechen und Unrecht. Er markiert gleichzeitig den Anfang von 75 Jahren Einigkeit und Recht und Freiheit, einen Neubeginn, auf den wir auch mit Stolz blicken können.“

Mit diesem Tag geht für uns eine große Verantwortung einher. Wir kennen diesen Krieg aus Geschichtsbüchern oder teilweise aus Erzählungen unserer Großeltern und Eltern. Wir haben das große Glück, in einem friedlichen

Deutschland aufgewachsen zu sein. Doch allein der Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass das nicht selbstverständlich ist. Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten. Wir gehen daher verantwortungsvoll mit der Erinnerung an diesen schrecklichen Krieg um. Denn wir sind verpflichtet, so zu handeln, dass sich das Unfassbare nicht wiederholt.

Wir werden den 75. Jahrestags des Kriegsendes wegen der Corona-Pandemie nicht mit den geplanten Gedenkveranstaltungen begehen können, aber wir werden diesen Tag besonders in unseren Gedanken tragen. Und gerade die Zeiten von Corona zeigen uns einmal mehr, dass rein nationales Denken in die Sackgasse führt.“

Kompetenz. Und Gottvertrauen.



Psychotherapie, Psychiatrie,
Psychosomatik
auf christlicher Basis.

*Meine Seele
verdient die beste
Behandlung.*

Besuchen Sie uns auf www.deignis.de





Social Media

Tipps für Ihre digitale Präsenz

Schon Obama 2006 hat gezeigt, dass Social Media perfekt ist, um potentielle Wähler mit ihren Sorgen und Beweggründen zu identifizieren und um mit ihnen direkt in Kontakt zu treten. Der Erfolg der Obama Kampagne hat dadurch das fundamentale Modell hinter Wahlkämpfen auf allen Ebenen aufgerüttelt. Nicht länger sind offline Maßnahmen der Großteil des Wahlkampfbudgets, sondern signifikante Ressourcen werden in den Aufbau von digitalen Werbekanälen gesteckt: Von Social Media Plattformen, zu Suchmaschinen und Messenger Marketing.

Von den Tools, die intern zur Kommunikation verwendet werden, bis hin zu den Wegen, mit denen Politiker mit der Öffentlichkeit kommunizieren: Digital spielt mittlerweile die Hauptrolle in jeder politischen Kampagne. Noch nie gab es einen effizienteren Weg eine Kampagne zu planen, zu organisieren und schlussendlich dafür Wähler zu mobilisieren. Genauso wie TV Politiker erstmals in die Wohnzimmer brachte, bringt Social Media jetzt die Stimmen der Wähler in die Büros der gewählten Vertreter, Entscheidungsträger und Aktivisten.

Die Verantwortung für die eigenen digitalen Kanäle trägt dabei jeder Politiker und jeder Verband selbst. Und nur wenn hier alle an einem Strang ziehen, kann der sogenannte Echokammer-Effekt erzielt werden, der heute zu großem Wahlerfolg führt.

Das Ganze hat auch darüber hinaus Bedeutung, denn es liegt an allen pro-europäischen Zentrumskräften, die digitale Welt nicht nur den Populisten und extremen Rändern zu überlassen. Wer digital nicht ernstnimmt, macht es heute den Populisten einfach. Denn der Wahlkampf findet für den Wähler digital statt, egal ob man daran teilnimmt oder nicht. Wer nicht darauf vertreten ist, wird von Wechselwählern auch nicht in Erwägung gezogen, wenn es in die Wahlkabine geht.

Der erste Schritt dazu ist die eigene Präsenz zu pflegen und den Content auf die speziellen Anforderungen von mobilen Plattformen und der modernen Aufmerksamkeitsökonomie an-

zupassen. Um Ihnen dabei zu helfen, haben wir folgende Tipps zusammengestellt, damit Ihre digitale Präsenz auch echte Resultate liefert:

Fokus auf visuell starke Videos

Dass Videos das wichtigste Kommunikationsmittel geworden sind, hat sich bereits rumgesprochen. Jedoch ist entscheidend, dass diese auch visuell spannend sind. Der Wähler möchte sich nicht einfach nur 60 Sekunden in die Kamera gesprochenen Monolog ansehen. Optimieren Sie das Video für mobil, achten Sie darauf, dass es am Anfang etwas gibt, das die Wähler beim Scrollen stoppt, und stellen Sie sicher, dass man das Video auch mit deaktiviertem Ton verstehen kann (zum Beispiel über Untertitel).

Kurz halten

Durchschnittlich investieren Nutzer maximal einige wenige Sekunden in einen Post. Deshalb sollte Content auch darauf optimiert werden. Innerhalb von maximal 15 Sekunden sollten alle wichtigen Botschaften vorkommen, die Sie platzieren möchten. Wenn Ihre Botschaft länger ist, wird sie ohnehin zu kaum Interaktion führen. Die Zeit der Wähler ist kostbar – behandeln Sie sie auch so.

Botschaft zuerst

Der alte Weg zum Beispiel in Videos Geschichten zu erzählen, ist dadurch geprägt, dass die Hauptbotschaft erst am Schluss kommt, nachdem die Spannung aufgebaut wurde. Diese Zeit geben einem Wähler heute jedoch nicht mehr.

Deshalb ist es wichtig immer mit der Hauptbotschaft zu beginnen, sei es in Videos oder auf der Webseite. Stellen Sie außerdem sicher, dass auch bei nur kurzer Aufmerksamkeit des Nutzers Ihr Name oder Ihr Logo klar sichtbar sind.

Investment an Ziel anpassen

Stellen Sie sicher, dass ein vernünftiger Anteil Ihres Budgets für digitale Maßnahmen reser-

viert ist. Die Kosten für Content Produktion und Werbung werden oft unterschätzt. Es zahlt sich aus, in einen guten Content Spezialisten im eigenen Team zu investieren.

Erster sein und Vorsprung gewinnen

Die digitale Welt ändert sich enorm schnell und laufend kommen Plattformen dazu. Als Kampagne muss man hier schnell und effizient analysieren, wie diese in die eigene Strategie implementiert werden können. Dies ist speziell wichtig, wenn man jüngere Wähler ansprechen möchte, deren Aufmerksamkeit sich oft auf neue Plattformen fokussiert.

Kampagnen, die schnell und flexibel reagieren, werden dafür oftmals mit starker Sichtbarkeit zu geringen Kosten belohnt. Zum Beispiel eignet sich im Moment LinkedIn hervorragend, um als wirtschaftsaffiner Politiker an Reichweite zu gewinnen.

Echte Interaktion mit der Community

Social Media definiert sich darüber, dass es kein einseitiger Kommunikationskanal ist. Nutzer wollen echten Dialog und es liegt an uns, diesen zu bieten. Antworten Sie auf Kommentare, bedanken Sie sich für den Input und stellen Sie sicher, dass nichts unbeantwortet bleibt. Das zeigt Wählern, dass es sich um eine echte Person hinter der Seite handelt, die wirkliches Interesse an ihren Sorgen und Wünschen hat. Wenn Ihr Kanal hingegen nicht authentisch und lieblos wirkt, verliert Ihr Kanal schnell an Mehrwert und das äußert sich dann in geringeren Interaktionsraten.

Natürlich gibt es noch viele weitere Elemente, die zu beachten sind. Aber wenn Sie die Basis richtig machen, haben Sie alle Voraussetzungen, um im nächsten Wahlkampf gut abzuschneiden.

Thomas Ilk, Managing Partner, Bacon & Bold
Chase Helton, Political Digital Strategist, Bacon & Bold

Bild: Thomas Ilk bei der Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg in Kloster Schöntal

Social Media

Professionelle Grafiken ohne rechtliche Fallstricke

Die sozialen Medien leben in hohem Maße von guten Bildern: Die gleiche Reichweite in Form einer „Textkachel“ (also einer Grafik bestehend aus einem passenden Bild mit einem kurzen Text) bekommt oft ein Vielfaches der Reichweite von einfachen Textbeiträgen.

Das Urheberrecht beachten

Auch wenn viele auf Facebook & Co. nicht so genau danach schauen, woher ein Bild kommt, gilt das Urheberrecht doch auch hier. Gerade wir als CDU-Verbände sollten dieses zwingend beachten und entsprechend ohne ausdrückliche Zustimmung des Urhebers der Bilder (Fotograf) oder der Rechteinhaber (Agenturen, Bilddatenbanken) keine Bilder auf unseren Webseiten verwenden.

Vermeiden Sie daher das „Kopieren und Einfügen“ von Bildern aus dem Internet – große Bildagenturen und deren Kanzleien durchsuchen routinemäßig und softwarebasiert das Internet auf unlicenzierte Verwendung ihrer Werke und mahnen die unlicenzierte Nutzung ihrer Bilder ab. Auch in den letzten Monaten erhielten einige CDU-Verbände Abmahnungen, weil sie – auf ihrer Internetseite, auf sozialen Medien, aber auch in Ortsblättern – Fotos verwendet haben, an denen sie keine Nutzungsrechte hatten.

Daher bietet es sich zunächst an, Bilder aus Ihrem eigenen Fundus zu verwenden. Sollten Sie dennoch „fremde Bilder“ aus dem Internet benötigen, buchen Sie die Nutzungsrechte dieser Bilder nur über seriöse Webseiten und Bilddatenbanken. Achten Sie dabei auf die richtigen Nutzungsrechte. Wenn Sie die Bildrechte nur für Print erworben haben, dürfen Sie das Foto z. B. nicht bei Facebook benutzen.

Sichere Bildquellen sind:

- » Die allgemeine Mediathek im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg unter bw.cdu-wahlkampf.de (zur Nutzung innerhalb des Portals)
- » Die Multimedia-Datenbank der CDU Deutschlands (Achtung: Loggen Sie sich mit Ihren CDU-Plus-Zugangsdaten ein, um auch die Kategorie „Themenbilder“ zu sehen): www.bilder.cdu.de
- » Darüber hinaus finden sich zu vielen Themen frei nutzbare Bilder in Bilddatenbanken, beispielsweise pixabay.com

Bilder für CDU-Seiten aufbereiten

Es gibt zahlreiche öffentlich verfügbare „Kachel-Generatoren“ wie etwa canva.com. Diese haben jedoch grundsätzlich den Nachteil, dass dort keine Gestaltungselemente der CDU hinterlegt sind und Ihre Ergebnisse insbesondere nicht in der richtigen Schriftart gesetzt sind. Wir empfehlen Ihnen daher, eines der Tools der CDU zu nutzen.

Die **CDU Baden-Württemberg** bietet in ihrem Online-Design-Portal entsprechende Grafiken an:

- » Gehen Sie auf bw.cdu-wahlkampf.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich neu (dafür muss eine Rechnungsadresse angegeben werden, die Social-Media-Grafiken sind jedoch kostenlos).
- » Gehen Sie auf die Kategorie „Facebook-Elemente“.
- » Wählen Sie die Vorlage, die Ihnen am meisten zusagt, laden Sie die passenden Bilder hoch und bearbeiten die Texte.



Hinweis:

Derzeit finden Sie in unserem Portal noch die Vorlagen in der Werbelinie zur Kommunalwahl. Diese werden wir jedoch bis zu den Sommerferien überarbeiten, modernisieren und optisch an die Werbelinie zur Landtagswahl anpassen.

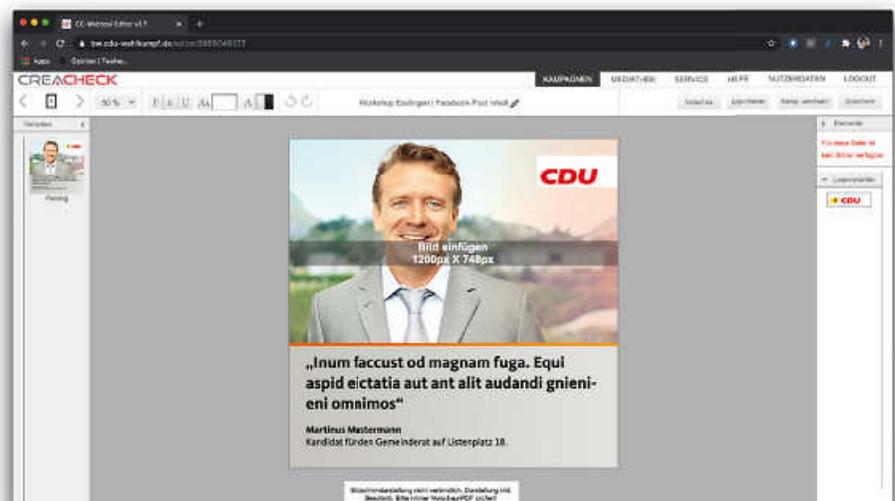
Darüber hinaus gibt es im CDU Plus ein Design-Tool der **CDU Deutschlands** mit Vorlagen in der Optik der letzten Bundestagswahl. Dieses erreichen Sie wie folgt:

- » Gehen Sie auf cduplus.cdu.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich mit Ihrer Mitgliedsnummer.
- » Gehen Sie im Menü auf „Druck, Bild und Online“ – „Design-Tool“.
- » Wählen Sie am besten eine der beiden Vorlagen „Facebook-Kachel: kurze Botschaft mit Bild (720x603px)“ oder „Facebook-Kachel: Zitatkachel (720x603px)“ (bzw. die entsprechenden Vorlagen für Instagram und Twitter, um diese Kanäle zu bedienen).
- » Auch hier können Sie die Grafiken auf einfache Weise anpassen und herunterladen.

Inhalte der Landes-CDU nutzen

Natürlich müssen Sie sich auch nicht jedes Mal die Arbeit machen, eigene Grafiken zu erstellen, wenn es um landes- oder bundespolitische Themen geht:

- » Teilen Sie Inhalte der Seiten „CDU Baden-Württemberg“ und „Susanne Eisenmann“ auf Ihren CDU-Kanälen.
- » Gelegentlich versenden wir Vorlagen an die Verbände. Lassen Sie sich gerne auf den Verteiler aufnehmen: cd�.org/socialmedia.



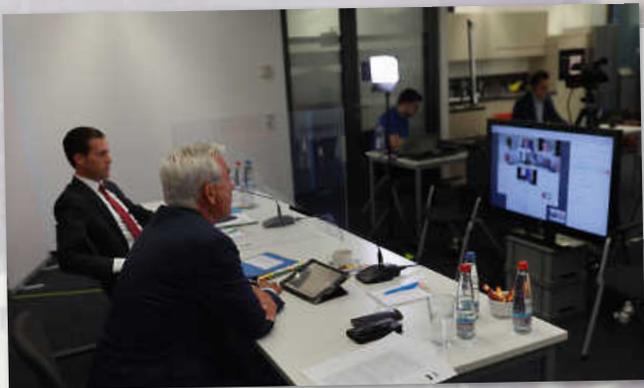
Im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg finden Sie alle Druckprodukte, die Sie für Ihre Parteiarbeit benötigen – demnächst auch in der Werbelinie zur Landtagswahl! Schauen Sie rein: bw.cdu-wahlkampf.de

Schlusspunkt des Generalsekretärs



Mehr als 250 Funktions- und Mandatsträger aus ganz Baden-Württemberg sind zum ersten Digitalen Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg mit der CDU-Spitzenkandidatin, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, dem Landesvorsitzenden, Minister Thomas Strobl, und dem

Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, zusammengekommen. Für Manuel Hagel war danach klar: „Die digitale Premiere heute hat gezeigt: Wir sind bis in die Haarspitzen motiviert! Und wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein.“



Der große Konferenzraum in der Landesgeschäftsstelle wurde für Videokonferenzen umgerüstet. Bei Sitzungen des Landesvorstands und anderer Gremien haben die jeweiligen Vorsitzenden die anderen Teilnehmer so jederzeit im Blick.

Unsere Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann war bereits gemeinsam mit einigen Abgeordneten über Facebook live und Instagram live im Gespräch mit den Menschen im Land.



Für manche Online-Veranstaltungsformen wurde auch improvisiert – so musste beim Gespräch von Thomas Strobl und Manuel Hagel MdL mit der JU Württemberg-Hohenzollern eine Postkiste als Laptopständer erhalten.



Herausgeber:
CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15
E-Mail: service@cdu-bw.de

Verantwortlich Landesteil:
Philipp Müller, Landesgeschäftsführer
der CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15
E-Mail: presse@cdu-bw.de

Verantwortlich Kreisteil:
CDU-Kreisverband Bodenseekreis
Beate Künze
E-Mail: unionintern@cdu-Bodenseekreis.de

Bezugspreis: UNION intern ist das offizielle Mitglieder magazin des Kreisverbandes Bodenseekreis. Es erscheint viermal im Jahr und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne gesonderte Bezugsgebühr geliefert

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
Klaus Nussbaum, Geschäftsführer
Nussbaum Medien
Weil der Stadt GmbH & Co. KG
Opelstraße 29, 68789 St. Leon-Rot
Tel.: 06227 873-0, Fax: 06227 873-190
E-Mail: rot@nussbaum-medien.de

Beauftragter für Anzeigenschaltungen (Anzeigenmakler):
Knöpfle Medien UG (haftungsbeschränkt)
Winnender Str. 20, 71522 Backnang
Tel.: 07191 34338-0
E-Mail: knoepfle.medien@gmail.com, anzeigen.union.intern@gmail.com

Schlusspunkt des Generalsekretärs

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

Scheinwerfer, Kameras, eine 12,5-Quadratmeter-Messewand und drei Stelen mit Trennwänden dazwischen – drei Personen in einem Raum und über 250 Menschen im ganzen Land verteilt vor ihren Bildschirmen: In Zeiten von Corona sieht so eine Großveranstaltung der CDU Baden-Württemberg aus.

Digital ist das neue Normal

Aktuell gilt: Digital ist quasi das neue Normal. Das war schon vor Corona immer öfter so, in den letzten Monaten mussten wir aber alle noch einen Gang hochschalten. Wir fangen keineswegs bei null an. Im Gegenteil, wir sind jetzt schon seit einigen Jahren dabei, unsere CDU immer digitaler zu gestalten.

Aus der letzten Kommunalwahl kennen viele von Ihnen bereits unser Web-to-Print Angebot, ein Online-Design-Portal mit dem Sie aus Vorlagen Ihre personalisierten Werbemittel ganz einfach erstellen können. Von der „Facebook-Kachel“ bis zum Plakat ist für alle etwas dabei. Auf unseren großen Veranstaltungen ist unsere Social-Media-Lounge mittlerweile ein fester Bestandteil und die Sozialen Medien von Instagram bis Twitter gehören selbstverständlich zum Kommunikationsmix unserer Partei. Von all dem profitieren wir in diesen Tagen gleich doppelt.

Auch Gremienarbeit kann in Zeiten von Corona nicht in der klassischen Präsenzsitzung stattfinden. Hier gehen wir daher ganz neue Wege. So hatten wir in den vergangenen Wochen diverse Premieren: die erste digitale Präsidiumssitzung, der erste digitale Landesvorstand, die ersten digitalen Sitzungen unserer Landesfachausschüsse und nicht zuletzt die erste digitale Kampagnenkonferenz

der CDU Baden-Württemberg. Und vor allem letztere hat richtig Spaß und Lust auf mehr gemacht. Wir haben uns am 8. Mai mehr als zwei Stunden lang ausgiebig und konzentriert ausgetauscht. Mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann, unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl und unseren Agenturen haben wir unseren Fahrplan 2021 zur Landtagswahl beraten.

Wir machen dabei auf virtuellem Weg das, was eine Volkspartei ausmacht: nämlich lebendig miteinander in Austausch kommen.

- » Digital
- » Direkt
- » Deutlich

Das ist die Handschrift der CDU. Und so werden wir unsere Arbeit auch auf dem Weg zur Landtagswahl und darüber hinaus weiterentwickeln.

Wie sehr unsere Partei trotz Corona lebt, haben uns auch unsere Verbände mit ihrer großartigen Kreativität gezeigt. Mit Veranstaltungen in Autokinos oder auf Sportplätzen kamen unsere CDU-Verbände in den vergangenen Wochen auch an ganz neuen Orten zusammen und hielten den derzeit so wichtigen Abstand ein. Danke, dass Sie vor Ort in den Verbänden so engagiert sind – egal ob in digitaler oder analoger Form. Sie tragen damit ganz entscheidend zur lebendigen Volkspartei CDU bei – dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein

Seit vielen Wochen, mittlerweile seit Monaten, erleben wir einen neuen Alltag. Trotz der nun mehr und mehr möglichen Lockerungen bleibt es eine Ausnahmesituation, die uns allen viel abverlangt – dessen bin ich mir, sind

wir alle uns, sehr bewusst. Die vergangenen Wochen haben aber auch gezeigt: Wir als CDU in Baden-Württemberg sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein. Wir halten zusammen – gerade auch in schwierigen Zeiten. Wir stellen uns auf neue Situationen ein und lernen auch für die Zukunft daraus, wie wir unsere Arbeit, wie wir unsere Partei noch besser machen und weiterentwickeln können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer.

Passen Sie auf sich und Ihre Lieben auf und bleiben Sie vor allem gesund!

Herzliche Grüße

Ihr



Manuel Hagel MdL
Generalsekretär



Schützen wir unsere Einsatzkräfte!

**DANKE
POLIZEI
& Rettungskräfte**

„In jeder Uniform steckt ein Mensch“

Wir können nicht akzeptieren, dass Angriffe auf unsere Polizei und Rettungskräfte zunehmen. Diejenigen zu schützen, die sonst andere beschützen – das ist unser klares Ziel. Wir zeigen null Toleranz bei Ausschreitungen und Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. In Stuttgart hat die Stadt zu lange zugesehen. Abwarten ist keine Alternative mehr – wir müssen jetzt handeln!

Sei dabei und setz ein Zeichen für mehr Sicherheit auf unseren Straßen!

**Trag Dich jetzt ein und zeige Deine Unterstützung
für unsere Polizei- und Rettungskräfte!**

Gemeinsam für ein sicheres Baden-Württemberg für alle!



einsatzkraefte-schuetzen.cdu-bw.de